

# LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019 DER V-BANK AG, MÜNCHEN

## 1 Grundlagen der V-BANK

### 1.1 Geschäftsmodell

Die V-BANK erhielt 2008 die Erlaubnis, Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG (Einlagengeschäft), Nr. 2 (Kreditgeschäft), Nr. 5 (Depotgeschäft), Nr. 8 (Garantiegeschäft) sowie Nr. 9 (Girogeschäft) zu betreiben (letztere endete 2009 nach Art. 2 Zahlungsdienstleistungsgesetz). Die Erlaubnis wurde 2011 erweitert um Nr. 4 (Eigenhandel) sowie um die Befugnis, Finanzinstrumente gemäß § 32 Abs. 1a Satz 1 KWG für eigene Rechnung anzuschaffen oder zu veräußern (Eigengeschäft).

Wir erbringen Dienstleistungen in der Depot- und Kontoführung sowie in der Wertpapierabwicklung für unabhängige Vermögensverwalter, (Single-)Family Offices sowie ausgewählte professionelle Investoren (Semi-Institutionelle Kunden) in Deutschland und im deutschsprachigen Ausland (Schwerpunkt in der Schweiz). Wir unterscheiden die Geschäftsbereiche Vermögensverwalter sowie Semi-Institutionelle Kunden.

In Deutschland und im deutschsprachigen Ausland (Schwerpunkt Schweiz) sind für uns aktuell insgesamt rund 1.000 Gesellschaften interessant. Auf Deutschland allein entfallen rund 400. Im Vermögensverwalter-Geschäft richteten wir unsere Vertriebsaktivitäten auf die großen und mittleren Gesellschaften mit einem verwalteten Kundenvermögen (AuM) von über 100 Mio. Euro sowie Neugründungen und Gesellschaften ab 50 Mio. Euro AuM mit entsprechendem Wachstumspotenzial. Das Depotgeschäft mit Semi-Institutionellen Kunden, die unsere Infrastruktur für die Umsetzung ihrer eigenen Anlageentscheidungen nutzen, stellt ein weiteres Marktsegment dar. Dabei konzentrierten wir uns besonders auf Single-Family Offices (SFO) ohne KWG-Zulassung.

Wir verfolgen keine eigenen Beratungs-, Produkt- oder Vertriebsinteressen. Unser Ziel ist es, als Plattform ausschließlich ein auf unabhängige Vermögensverwalter und dessen Mandanten optimiertes Produkt- und Dienstleistungsportfolio zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen unsere Geschäftspartner kontinuierlich bei deren Neukundengewinnung und Kundenbindung. Das Kreditgeschäft konzentriert sich auf Lombardkredite.

Die Einbeziehung von Geschäftspartnern als Aktionäre spiegelt unsere Kundennähe wieder. Die Interessen der Vermögensverwalteraktionäre werden nicht zuletzt über unseren Beirat gewahrt, der aus zehn, alle zwei Jahre gewählten Mitgliedern besteht und die Geschäftsführung begleitet. Der Beiratsvorsitzende ist zugleich Aufsichtsratsmitglied.

Die V-BANK verfügt mit der V-Fonds GmbH (80 Prozent) und der V-Check GmbH (100 Prozent) über zwei Tochterunternehmen. Geschäftsfeld der V-Fonds ist der Fondseinkauf für uns sowie für Dritte. Aufgabe der V-CHECK ist, die Technik für „Online-Vermögensverwaltung“ zur Verfügung zu stellen sowie davon ausgehend über eine Vertriebsplattform im Internet ([www.v-check.de](http://www.v-check.de)) Geschäftspartnern Endkunden direkt oder indirekt zuzuführen.

## **1.2 Ziele und Strategien**

Gemeinsam mit der von uns beauftragten Unternehmensberatung zeb analysierten wir zuletzt grundlegend das Geschäftsmodell der V-BANK als Bank der Vermögensverwalter. Mitte 2019 führten wir in drei Monaten das Projekt „Strategischer Review / Target Operation Modell (TOM)“ durch. Als Ergebnis konnten wir feststellen: „(Das) Projekt hat (die) grundsätzliche Funktionsweise des Geschäftsmodells bestätigt - eine grundlegende Anpassung des Operating Models ist nicht erforderlich.“ Gleichzeitig wurden Themen wie Digitalisierung, neue Vertriebskanäle ([www.v-check.de](http://www.v-check.de)) oder Konsolidierung im Depotbankenmarkt in Deutschland als zusätzliche Wachstumschancen identifiziert.

Wir werden in den kommenden Jahren die im Strategieprojekt herausgearbeiteten zusätzlichen Wachstumfelder konsequent angehen. Das wird zunächst das Geschäftsergebnis belasten, ab 2022 jedoch für deutliche Ergebnissteigerungen sorgen:

- Wir werden uns weiter digitalisieren und unsere IT-Infrastruktur mit dem Ziel ausrichten, nicht nur interne Prozesse zu automatisieren sondern zugleich für externe Partner „schnell anschlussfähig“ zu sein. Mit einer API basierten Open Banking Lösung werden wir jederzeit bestehende Drittsysteme oder Fintechlösungen für unsere Geschäftspartner nutzbar machen können.
- Wir wandeln uns immer weiter zu einer offenen Plattform. In unserem Ökosystem sollen Geschäftspartner alle Dienstleistungen aus einer Hand finden, die sie für ihre erfolgreiche Arbeit am Kunden benötigen.

Konkret entwickeln wir die Online-Vermögensverwaltung weiter, damit Geschäftspartner auch auf ihrer eigenen Webseite ihre Strategieportfolios direkt vertreiben können. Neben den Kosten für die IT investieren wir in die Vermarktung der Vertriebsplattform [www.v-check.de](http://www.v-check.de). Diese ist Teil unseres White Label Angebotes der Online-Vermögensverwaltung.

Wir bauen unser Betriebliches Steuerreporting (BSR) zu einem umfassenden Digitalen Steuerreporting (DSR) aus: Erstmals bieten wir Privatanlegern digitale Belege und Informationen, damit diese oder ihre Steuerberater die Steuererklärung schneller erstellen können. Stiftungen erhalten ein eigenes Unterstützungsmodul. Das BSR wird um zusätzliche Funktionen ergänzt.

Auch in eher klassischen Bereichen erweitern wir unsere Dienstleistungen und unser Netzwerk für unsere Kunden, sei es beim Management von Liquidität, der Vermittlung von Immobilienfinanzierungen oder bei der Erfüllung neuer gesetzlicher Anforderungen wie die zweite Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II).

- Unter Wahrung unseres Preis-Leistungs-Verhältnisses werden wir unsere bestehenden Preismodelle hinsichtlich deren Anzahl und deren Wirtschaftlichkeit überprüfen und - wo erforderlich - anpassen.
- Wir verfügen über zahlreiche Geschäftspartner im deutschsprachigen Ausland (Schwerpunkt Schweiz). Bislang handelt es hier zumeist um die Depots von Kunden, die in Deutschland steuerlich veranlagt werden aber ihren Vermögensverwalter in diesen Ländern haben. Jetzt prüfen wir, ob wir zukünftig im deutschsprachigen Ausland beheimateten Kunden unsere Services und Dienstleistungen ebenfalls anbieten können und wollen.
- Der Verkauf der Vermögensverwalter-Sparte durch die Berenberg Bank oder die Aufgabe des Depotgeschäfts für Dritte durch das Bankhaus Metzler 2019 zeigen, dass (erneut) Bewegung in den Markt der Depotbanken für Vermögensverwalter gekommen ist. Der Konsolidierungsdruck wird weiter an Dynamik gewinnen. Um das Geschäftsmodell als Depotbank für Dritte gewinnbringend betreiben zu können, ist nach unserer Einschätzung ein betreutes Kundenvermögen von mindestens 10 Mrd. Euro Voraussetzung.
- In 2020 planen wir, die Mitarbeiterkapazitäten um über 10 Prozent zu erhöhen. Damit wollen wir einerseits die Herausforderungen der Zukunft anpacken und das von uns erwartete dynamische Wachstum realisieren. Zugleich sichern

wir so unsere Service- und Dienstleistungsqualität und Kundenzufriedenheit.

- Wir arbeiten daran, unsere Cost-Income-Ratio weiter zu verbessern.
- Bei unserer Outsourcingsteuerung steht unsere Hauptpartner, die Avaloq Sourcing (Europe) AG, im Fokus.

### **1.3 Steuerungssystem (Strategieprozess)**

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie. In unserer Geschäfts- und Risikostrategie wird aufgezeigt, mit welchen strategischen Zielen und Maßnahmen wir die langfristige Existenz unserer Bank nachhaltig sichern wollen. Somit beschreibt die Geschäftsstrategie auf Grundlage unseres Geschäftsmodells die wesentlichen Geschäftsaktivitäten unserer Bank. Aus der Geschäftsstrategie wird die Risikostrategie abgeleitet. Inhalt der Risikostrategie sind die Ziele der Steuerung wesentlicher Risiken sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Grundsätzlich gibt sich die Bank eine konservative Risikostrategie bezüglich aller Risikoarten. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, da die geplanten Geschäftsarten mit den Kunden der Bank, die weitgehend risikolos sind, bereits eine positive Eigenkapitalrendite ermöglichen. Aus Renditegesichtspunkten müssen keine zusätzlichen Risiken eingegangen werden. Dies gilt insbesondere für Risiken aus dem Aktiv-/Passivmanagement sowie aus Eigenpositionen.

Die vom Vorstand festgelegte Strategie wird im Strategieprozess mindestens einmal jährlich überarbeitet und fließt entsprechend in die Mehrjahresplanung ein. Innerhalb des Strategieprozesses werden die einzelnen Phasen von der Analyse (Analyse externer und interner Einflussfaktoren wie Megatrends, Wettbewerb, Kosten, Prozesse oder IT) über die Planung und Umsetzung bis zur Beurteilung durchlaufen. Hierbei wird auf die Konsistenz zwischen der Geschäfts- und Risikostrategie sowie auf eine enge Verzahnung zur operativen Planung und Steuerung geachtet.

Sofern der Vorstand in der Phase der Beurteilung zu dem Schluss kommt, dass die Strategie angepasst werden muss, wird der Strategieprozess mit der Analyse neu aufgesetzt. In der strategischen Analyse werden unter anderem Ertrags- und Risikokonzentrationen analysiert sowie hierfür entsprechende Maßnahmen in der Strategie hinterlegt. Im Hinblick auf die künftige Entwicklung der relevanten Einflussfaktoren haben wir Annahmen getroffen.

Diese Annahmen werden einer regelmäßigen bzw. anlassbezogenen Prüfung unterzogen. Sind die getroffenen Annahmen nicht mehr zutreffend, werden die Strategien angepasst. Neben der Risikostrategie haben wir weitere Teilstrategien in unserer Geschäftsstrategie verankert. Die Risiken und die damit verbundenen Risikokonzentrationen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit werden begrenzt und überwacht durch:

- Limitsysteme (Risikolimit, Strukturlimit, Ampelsysteme, Bagatellgrenzen),
- die Strenge der Risikomessung,
- die Höhe von Risikopuffern und
- qualitative Risikotoleranzen (z.B. Anforderungen an die Sicherheiten von Krediten etc.).

Die Darstellung der strategischen Ziele sowie der Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele stecken die Eckpunkte für die operative Planung ab und sind Gegenstand der strategischen Planung.

Um die in den Strategien niedergelegten Ziele beurteilen zu können, sind diese so formuliert, dass eine sinnvolle Überprüfung der Zielerreichung jederzeit möglich ist. Die Ursachen für etwaige Abweichungen werden analysiert sowie mit unserem Vorstand und Aufsichtsrat erörtert.

## **2 Wirtschaftsbericht**

### **2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

#### **2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Kapitalmarkt**

2019 kühlte die Weltwirtschaft merklich ab. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für das vergangene Jahr mit einem weltweiten Bruttoinlandsprodukt von 2,9 Prozent, während es 2018 noch bei 3,6 Prozent gelegen hatte.<sup>1</sup> Damit handelt es sich um den niedrigsten Wert seit der Finanzkrise. Ähnlich wie der IWF schätzt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Lage ein.<sup>2</sup> Lediglich der Sachverständigenrat der Bundesregierung geht mit 2,6 Prozentpunkten von einem noch schwächeren Wachstum aus.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. International Monetary Fund: World Economic Outlook Update, 20.01.2020

<sup>2</sup> Vgl. OECD-Weltwirtschaftsausblick: Ausgabe 2019/2, November 2019, S. 12

<sup>3</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Den Strukturwandel meistern, 06.11.2019, S. 18

Die zunehmenden Handelsbeschränkungen, die Schwäche bei Anlageinvestitionen und die Auswirkungen der verhaltenen Importnachfrage in China auf die Lieferketten belasteten das Wachstum des Welthandels<sup>4</sup>. Einige Staaten erholten sich nur langsam von ihrer Rezession. Bei anderen, darunter Mexiko, Indien und Argentinien, wurde die Konjunktur durch inländische Unsicherheiten belastet. In Europa führte die Ungewissheit über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) zu erheblichen negativen Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen. Daher war sowohl in den fortgeschrittenen als auch aufstrebenden Volkswirtschaften eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu beobachten. Behaupten konnte sich lediglich das Wachstum in den Vereinigten Staaten, das von hohen Verbraucherausgaben gestützt wurde.

In Industrienationen wie Deutschland, die stärker von der Verlangsamung des Welthandels betroffen waren, erwies sich das Wachstum noch schwächer als erwartet. Deutschland dürfte ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zufolge ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 0,6 Prozentpunkten (nach 1,5 Prozentpunkten in 2018) erzielt haben.<sup>5</sup>

Die anhaltende Verlangsamung der weltweiten Konjunktur schlug sich an den Finanzmärkten nieder. Die langfristigen Zinssätze für Staatsanleihen sind 2019 stark gesunken, nachdem die Nachfrage nach sicheren Anlagen stieg und viele Staaten die Geldpolitik wieder lockerten.<sup>6</sup> Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (FED) senkte im vergangenen Jahr erstmals wieder den Leitzins. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ den Leitzins zwar bei null Prozent.<sup>7</sup> Dafür erhöhte sie jedoch den Zinssatz für die Einlagefazilität („Strafzins“) für Banken auf -0,5 % p.a. und führte das Anleiheankaufprogramm wieder ein.

Insbesondere die verstärkte akkommodierende Geldpolitik führte 2019 dazu, dass viele Aktienbörsen weltweit um mehr als 20 Prozent zulegten.<sup>8</sup> Deutsche Indizes wie der DAX (plus 28,5 Prozent) oder MDAX (plus 33,7 Prozent) beendeten das Jahr auf Rekordniveau. Gleiches gilt für führende US-amerikanische Kursbarometer wie Dow Jones (plus 25,8 Prozent), S&P 500 (plus 32,0 Prozent) oder Nasdaq 100 (plus 42,1 Prozent). Der japanische

---

<sup>4</sup>Vgl. OECD-Weltwirtschaftsausblick: Ausgabe 2019/2, November 2019, S. 13, 14 und 16

<sup>5</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2019 um 0,6 % gestiegen, 15.01.2020

<sup>6</sup>Vgl. manager-magazin.de: Drei Lehren für Anleger aus dem Börsenjahr 2019, 20.12.2019, <https://www.manager-magazin.de/finanzen/boerse/aktien-kaufen-drei-lehren-fuer-anleger-aus-dem-boersenjahr-2019-a-1302096.html>

<sup>7</sup>Vgl. manager-magazin.de: Was von der EZB im Jahr 2020 zu erwarten ist, 23.01.2020, <https://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/europaeische-zentralbank-was-2020-von-der-ezb-zu-erwarten-ist-a-1304256.html>

<sup>8</sup>Vgl. tagesschau.de: Ein fantastisches Jahr für Aktien, 30.12.2019, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/boerse-aktienjahr-101.html>; Kursgewinne selbst berechnet

Nikkei (plus 20,9 Prozent) verbesserte sich ebenfalls deutlich. Lediglich der Hang Seng in Hongkong konnte von dieser Entwicklung in vergleichsweise geringem Umfang profitieren. Nach zwischenzeitlich kräftigem Kursanstieg erzielte er unterm Strich bis zum Jahresende ein Plus von 12,6 Prozent.

Von der positiven Börsenentwicklung profitierte 2019 auch die V-BANK. Mehr als 40 Prozent des Zuwachses beim betreuten Kundenvermögen ist nach unserer Einschätzung auf die Kursentwicklung in den Depots zurückzuführen.

### **2.1.2 Entwicklung der Finanzbranche**

Im vergangenen Jahr verloren europäische Großbanken im Vergleich zu ihren US-amerikanischen Mitbewerbern weiter an Anschluss. Während die zehn größten US-Institute ihren Nettogewinn im ersten Halbjahr 2019 um knapp ein Prozent auf umgerechnet 69,6 Mrd. Euro steigern konnten, sank der Überschuss der zehn größten europäischen Geldhäuser um nahezu sechs Prozent auf 26,4 Mrd. Euro, wie die jährliche Analyse wichtiger Bilanzkennzahlen der Unternehmensberatung EY im September 2019 zeigte.<sup>9</sup>

Die Eigenkapitalrenditen deutscher Banken halbierten sich zuletzt und näherten sich mit einem Prozent der Nulllinie. Nur jede siebte Bank verdiente ihre Eigenkapitalkosten, wie die Unternehmensberatung Bain & Company analysierte.<sup>10</sup> In einem unverändert stark fragmentierten Markt sanken tendenziell die Erträge, die Kosten blieben dagegen allen Sparprogrammen zum Trotz auf hohem Niveau. Diese Tendenz dürfte sich 2019 fortgesetzt haben.

Die Entwicklung der Cost-Income-Ratio deutscher Banken verdeutlicht die schwierige Situation der heimischen Kreditwirtschaft. Seit Anfang 2010 stieg diese Kennzahl branchenweit um 10 Prozentpunkte auf nunmehr 73 Prozent und nähert sich damit dem Niveau des Krisenjahres 2008. Im internationalen Vergleich liegt die Cost-Income-Ratio deutscher Banken deutlich über dem Niveau US-amerikanischer, asiatischer und sogar europäischer Wettbewerber. Auf der Ertragsseite stagnierten vor allem die Provisionsüberschüsse bei jährlich rund 30 Milliarden Euro. Die Zinsüberschüsse leiden unter dem Einfluss der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Auf Grund eines deutlich rückläufigen Handelsergebnisses spitzte sich, so Bain, die Ertragssituation weiter zu. Ursächlich dafür waren steigende Aufwendungen vor allem für die Digitalisierung und die verschärfte Regulierung, die erhebliche, zusätzliche Kosten verursachten. Auch bei der V-BANK stieg nicht zuletzt auf Grund der Ausgaben für das Strategieprojekt, höherer Kosten für die Liquiditätshaltung sowie Investitionen im Zusammenhang mit den identifizierten Wachstumsfeldern die Cost-Income-Ratio auf 76 Prozent (2018: 73 Prozent)

---

<sup>9</sup> Vgl. EY: Banken in Europa und den USA im Vergleich, Eine Analyse wichtiger Bilanzkennzahlen Januar bis Juni 2019, 01.09.2019

<sup>10</sup> Vgl. Bain & Company: Deutschlands Banken 2019: Erst sanieren, dann konsolidieren, 16.12.2019

Zwischen 2008 und 2018 haben deutsche Finanzinstitute rund 12.000 Filialen geschlossen – ein Trend, der angesichts des Kostendrucks anhalten dürfte. Die Anzahl der Bankfilialen in Deutschland wird künftig von 29.700 in 2018 auf rund 19.100 in 2025 zurückgehen. Bis 2030 soll die Zahl der Standorte nach Einschätzung der Unternehmensberatung Oliver Wyman auf 15.800 schrumpfen.<sup>11</sup> Hinzu kommt aus Kundensicht der Wunsch, Finanzdienstleistungen in Zukunft verstärkt über digitale Kanäle abzuwickeln. Serviceaktivitäten müssen demzufolge noch konsequenter digitalisiert werden. Die V-BANK hat in den zurückliegenden Jahren verstärkt in den Ausbau ihrer IT investiert. Sie bietet Geschäftspartnern eine White-Label-IT-Lösung an, mit der Vermögensverwalter ihre Dienstleistung auch digital anbieten können.

Die EZB als Aufsicht der 113 größten Geldinstitute im Euroraum simulierte 2019 einen speziellen Stresstest, der die Fähigkeit überprüft hat, hypothetische Liquiditätsschocks mit einer Dauer von insgesamt 6 Monaten zu überstehen. Es wurde dabei ein Szenario simuliert, wonach Kunden ihre Einlagen abziehen oder das Kreditinstitut in finanzielle Probleme gerät, weil beispielsweise Ratingagenturen die Bonität herabstufen. Im Ergebnis bescheinigte die EZB den getesteten Instituten eine „insgesamt komfortable“ Liquiditätsausstattung. Universalbanken und global agierende Großbanken würden von solchen Schocks jedoch insgesamt stärker getroffen als vor allem im Privatkundengeschäft tätige Institute.<sup>12</sup> Rund die Hälfte aller teilnehmenden Banken könnte unter einem Liquiditätsschock mehr als sechs Monate ohne Hilfe durch fremdes Kapital durchhalten. Bei extremen Verwerfungen waren es lediglich mehr als vier Monate. Elf Banken hingegen zeigten, dass sie in einer Liquiditätskrise mit extremen Verwerfungen sogar nur weniger als zwei Monate ohne fremdes Kapital durchhalten würden.

Die V-BANK hat den LSI-Stresstest 2019 der Deutschen Bundesbank und der BaFin erfolgreich durchlaufen. Die Bankenaufsicht kam zur Gesamteinschätzung, dass die Kapitalquoten und die Ergebnisentwicklung in der künftigen Ausrichtung sowohl im Basis- als auch im adversen Stressszenario im grünen Bereich sind. Institutsspezifische Sachverhalte, die einen SREP-Kapitalaufschlag nach sich gezogen hätten, wurden nicht festgestellt.

---

<sup>11</sup> Vgl. Oliver Wyman: Die Bankfiliale der Zukunft, 03.12.2019

<sup>12</sup> Vgl. European Central Bank Banking Supervision: Euro area banks have overall comfortable liquidity positions, but some vulnerabilities require further attention, ECB finds, 07.10.2019, <https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2019/html/ssm.pr191007~842f68965f.en.html>

### 2.1.3 Vermögen in Deutschland

In Deutschland ist das Gesamtvermögen laut dem Global Wealth Report 2019 der Credit Suisse leicht gestiegen und liegt nun bei umgerechnet knapp 15 Bio. US-Dollar. Damit ist Deutschland das viertreichste Land der Erde nach den USA, China und Japan. Dabei wurden alle Vermögenswerte erfasst (Household Balance Sheet). In Deutschland gab es einen Zuwachs um 65 Tsd. auf 2,19 Mio. USD-Millionäre. Damit leben rund 16 Prozent aller USD-Millionäre Europas in Deutschland.<sup>13</sup>

Ein ähnliches Bild sowohl hinsichtlich der Entwicklung in Deutschland an Privatvermögen sowie an vermögenden Privatpersonen zeichnen der Global Wealth Report 2019 der Boston Consulting Group (BCG)<sup>14</sup> sowie der Global Wealth Report 2019 der Allianz<sup>15</sup>.

Hingegen sank das Vermögen der High Net Worth Individuals (HNWIs) zuletzt weltweit erstmals seit sieben Jahren um 3 Prozent auf 68,1 Bio. USD – so der World Wealth Report 2019 von Capgemini.<sup>16</sup> Zuvor erhöhte sich das Vermögen der Millionäre sieben Jahre in Folge stetig. Die HNWI-Anzahl ging weltweit um 0,3 Prozent auf 18,0 Mio. zurück. Darunter werden Personen mit einem investierbarem Nettovermögen von mehr als einer Million USD verstanden. Auch in Deutschland gab es erstmals wieder einen leichten Rückgang der HNWI-Vermögenden um 1,1 Prozent auf 1,35 Mio. Das Gesamtvermögen der deutschen HNWIs sank um 3,9 Prozent, nachdem es im Vorjahreszeitraum noch um 7,6 Prozent gestiegen war.<sup>17</sup>

Das Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland stieg im dritten Quartal 2019 um 67 Milliarden Euro und lag insgesamt bei rund 6,3 Billionen Euro.<sup>18</sup> Gründe für den Anstieg waren, nach Angaben der Deutsche Bundesbank, die robuste Einkommensentwicklung sowie eine weiter hohe Sparneigung. Bargeld und Einlagen machten rund 40 Prozent des Vermögens aus, weitere 37 Prozent waren Ansprüche gegenüber Versicherungen und Altersvorsorgeeinrichtungen. Die verbleibenden 23 Prozent verteilten sich vor allem auf Aktien, Investmentfondsanteile und Schuldverschreibungen. Wie in den vergangenen Quartalen erhöhten die privaten Haushalte insbesondere ihre Bestände an Bargeld und Einlagen sowie ihre Ansprüche gegenüber Versicherungen. Die

---

<sup>13</sup> Vgl. Credit Suisse: Global Wealth Report 2019, 21.10.2019

<sup>14</sup> Vgl. The Boston Consulting Group: Global Wealth 2019 – Reigniting Radical Growth, 20.06.2019

<sup>15</sup> Vgl. Allianz: Global Wealth Report 2019, 18.09.2019

<sup>16</sup> Vgl. Capgemini: World Wealth Report 2019, 17.09.2019

<sup>17</sup> Vgl. Capgemini: World Wealth Report 2019, 09.07.2019

<sup>18</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank: Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung in Deutschland im dritten Quartal 2019, Pressemitteilung am 17.01.2020; erfasst am 08.02.2020:

<https://www.bundesbank.de/de/presse/pressemitteilungen/geldvermoegensbildung-und-aussenfinanzierung-in-deutschland-im-dritten-quartal-2019-822448>

Präferenz für liquide oder als risikoarm empfundene Anlageformen hielt damit weiter an. Auch Bewertungsgewinne trugen wieder zum Anstieg des Geldvermögens bei. Im dritten Quartal 2019 betrug die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte per Saldo rund 58 Mrd. Euro und lag damit ungefähr im Mittel der letzten drei Jahre. Das Kapitalmarktengagement der privaten Haushalte entwickelte sich weiterhin stabil: Wie schon in den beiden Vorquartalen betrug die Nettoinvestitionen privater Haushalte in börsennotierte Aktien und Investmentfondsanteile im Berichtsquartal rund 10 Mrd. Euro.

Die Zahl der Aktionäre und Besitzer von Aktienfonds in Deutschland ist zuletzt das vierte Mal in Folge gestiegen, veröffentlichte das Deutsche Aktieninstitut (DAI) im März 2019.<sup>19</sup> Im Jahresdurchschnitt lag sie um rund 250.000 höher als im Vorjahr. Insgesamt besaßen damit rund 10,3 Millionen Bürger Aktien oder Aktienfonds. Das ist rund jeder sechste Bürger und entspricht gut 16 Prozent der Deutschen, die älter sind als 14 Jahre. Das Interesse an der Aktien- und Aktienfondsanlage hat sich damit in den letzten Jahren verfestigt. Die Zahl der Aktienbesitzer erreichte den höchsten Wert seit 2007.

#### **2.1.4 Entwicklung Markt der Vermögensverwalter in Deutschland**

Das Institut für Vermögensverwaltung (InVV) an der Technischen Hochschule Aschaffenburg untersucht seit 2014 mit finanzieller Unterstützung der V-BANK als Drittmittelgeber die Branche der unabhängigen Vermögensverwalter (VV) und führt jährlich eine Umfrage durch. 2019 deckte die jährliche Untersuchung rund ein Drittel der schätzungsweise 400 VVs in Deutschland mit KWG 32er-Zulassung ab.<sup>20</sup>

Im Median verwalteten danach die teilnehmenden VVs im Durchschnitt knapp 166 Mio. Euro von 301 Kunden und beschäftigten 8 Mitarbeiter. Das verwaltete Kundenvermögen stieg bei rund einem Drittel der VVs an, bei rund einem weiteren Drittel blieb es konstant. Dieser Wert ist bemerkenswert, da zum Jahresende die Börsenkurse stark zurückgegangen waren. 57 Prozent der VVs konnten ihre Kundenzahl leicht, 8 Prozent sogar stark steigern

Neue Mandate gewannen VVs nach wie vor durch die persönliche Empfehlung von zufriedenen Kunden - je nach Unternehmensgröße in 90 bis 98 Prozent der Fälle (Mehrfachnennungen möglich). Mit deutlichem Abstand folgten neue Berater und Veranstaltungen als Gründe. Soziale Netzwerke trugen vor allem bei kleinen und größeren Vermögensverwaltungen zum Wachstum bei (15 Prozent bzw. 11 Prozent)

---

<sup>19</sup>Vgl. Deutsches Aktieninstitut: Aktionärszahlen des Deutschen Aktieninstitutes 2018, 06.03.2019

<sup>20</sup> Vgl. Institut für Vermögensverwaltung (InVV): Ergebnisse der 6. Befragung Februar/März 2019, 11.06.2019

Die größten Bremsen für das Wachstum der Branche waren nach wie vor der Erwerb von Immobilien durch die Kunden (74 Prozent der Fälle,) sowie der Tod von Kunden (62 Prozent). Demgegenüber rangierte die Unzufriedenheit mit der Performance als Grund für den Abzug von Vermögen deutlich weiter hinten (32 Prozent, in allen Fällen Mehrfachnennungen möglich).

Die Rendite vor Steuern und Kosten der Mandanten eines VV sank im Median auf minus 5 Prozent. Damit lagen VVs deutlich besser als die Kursentwicklung an den Börsen in diesem Jahr.

Rund 65 Prozent der VVs erwirtschafteten eine Rendite aufs Eigenkapital von mehr als 10 Prozent. Insbesondere große Unternehmen erzielten Renditen von 20 Prozent und mehr. Die Cost-Income-Ratio hat sich im Median auf 80 Prozent verschlechtert (Vorjahr: 75 Prozent). Insbesondere 80 Prozent der kleineren VVs gaben an, dass sich dieser Wert negativ entwickelt habe

56 Prozent (Vorjahr: 62 Prozent) der VVs gingen davon aus, dass die Geschäfte 2019 „gut“ oder „sehr gut“ laufen werden. Die Stimmung in der Branche war damit überwiegend optimistisch.

Rund 90 Prozent (Vorjahr: rund 84 Prozent) der Vermögensverwaltungen planten oder stellten ihre Unternehmen bereits digitaler auf. Dabei wurden unterschiedliche Dinge unter diesem Begriff verstanden. Gerade mittlere Gesellschaften erwarteten dabei Unterstützung u.a. durch ihre Depotbanken

## **2.2 Geschäftsverlauf**

2019 ist es uns gelungen, 30 Vermögensverwalter erstmals von einer Kooperation mit uns zu überzeugen (Vorjahr: 17). Unsere Planung gemäß Lagebericht 2018 mit netto 5 neuen Geschäftspartnern konnten wir deutlich übertreffen. Dabei kamen 20 neue Kooperationen aus Deutschland, 6 aus der Schweiz und 4 aus dem sonstigen deutschsprachigen Ausland. Dagegen verzeichneten wir 10 Lizenzrückgaben und Kündigungen (Vorjahr: 3). Unterm Strich bestand Ende 2019 mit 379 (Vorjahr: 359) Vermögensverwaltern eine Kooperation.

Bei (Single-)Family Offices (ohne BaFin-Lizenz) bestanden zum Ende des Geschäftsjahrs 46 Kooperationen (Vorjahr: 41). Wir erreichten damit den von uns gemäß Lagebericht 2018 angestrebten Zielwert von vier neuen Kooperationen.

Die Anzahl der Kundenkonten und -depots stieg zum 31.12.2019 auf insgesamt 27.313 (Vorjahreszeitpunkt: 25.085). Dabei lag die Anzahl der Konto- und Depotöffnungen netto mit 2.228 (Vorjahr: 1.396) deutlich über dem Niveau des Vorjahres und innerhalb unserer, im Lagebericht 2018 veröffentlichten Planungen.

Beim betreuten Kundenvermögen (Assets under Custody, AuC) gelang es uns, diese bis zum Jahresende auf 21,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 16,9 Mrd. Euro) zu steigern. Der Zuwachs von rund 4,7 Mrd. Euro geht zu 2 Mrd. Euro auf die positive Kursentwicklung der Depots zurück (42,5 Prozent). Beim überwiegenden Teil von 2,7 Mrd. Euro (57,5 Prozent) handelt es sich um Nettomittelzuflüsse. In den vergangenen Jahren lag das durchschnittliche, performanceneutrale Wachstum bei rund 1,5 Mrd. Euro. Laut Lagebericht 2018 waren wir im zurückliegenden Geschäftsjahr von einem erneuten Wachstum des betreuten Kundenvermögens in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro ausgegangen.

Im Jahresverlauf wurden 404.815 Wertpapiertransaktionen (Vorjahr: 358.013) und damit 13,1 Prozent mehr als im Vorjahr ausgeführt. Das Umsatzvolumen belief sich auf rund 15 Mrd. Euro (Vorjahr: 13,9 Mrd. Euro). Erneut lag der klare Schwerpunkt mit rund 96 Prozent im Geschäft mit Vermögensverwaltern. Rund 4 Prozent der Wertpapiertransaktionen steuerten Semi-Institutionelle Kunden bei. Durchschnittlich verzeichneten wir 14,9 Wertpapiertransaktionen pro Depot und Jahr (Vorjahr: 14,3). Isoliert auf Monatsbasis lag die Anzahl der Wertpapiertransaktionen pro Depot und Jahr in 9 Monaten bei 15 und darüber. Unterstellt hatten wir im Lagebericht 2018 für 2019 auf Jahresbasis 14,4 Wertpapiertransaktionen pro Depot- und Jahr.

Die Bilanzsumme belief sich Ende 2019 auf 1.920,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.874,7 Mio. Euro). Damit ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent gestiegen. Wesentlich bestimmt wird die Bilanzsumme durch die Höhe der Liquidität, welche unsere Endkunden in ihren Konten halten. Zu 95 Prozent geht unsere Bilanzsumme auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zurück.

Die Kreditvergabepolitik der vergangenen Jahre wurde beibehalten und ist - wie im Lagebericht 2018 geschrieben - weiterhin von untergeordneter Bedeutung. Zum Jahresende beliefen sich die Kundenkreditinanspruchnahmen bei Lombardkrediten auf 130,1 Mio. Euro (Vorjahr: 113,0 Mio. Euro). Dies stellt eine Steigerung um 15 Prozent dar und beeinflusste die Höhe unserer Zinserträge positiv. Die übrigen Forderungen gegenüber Kunden beliefen sich auf 6,0 Mio. Euro und sind auf die Provisionsabrechnungen des vierten Quartals zurückzuführen, die erst im Folgegeschäftsjahr abgerechnet und belastet werden können.

## **2.3 Lage**

### **2.3.1 Ertragslage**

2019 stieg der Provisionsüberschuss auf 17,9 Mio. Euro (Vorjahr: 15,4 Mio. Euro). Wesentlicher Grund für diese positive Entwicklung waren der absolute Anstieg der abgewickelten Transaktionen um 13,1 Prozent sowie die erstmalige Umgliederung der Verwarentgelte für Bargeld von 1,9 Mio. Euro in den Verwaltungsaufwand anstatt wie bisher in den Provisionsaufwendungen. Der Ausweis wurde zur Verbesserung der Transparenz sowie gemäß § 31 Abs. 2 RechKredV angepasst. Darüber hinaus wurden Ende 2019 gegenüber dem Vorjahr 27,9 Prozent mehr Kundenvermögen verwahrt. Der Nettoertrag des Handelsbestands stieg durch höhere Neuemissionserlöse auf 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken im Geschäftsjahr auf 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,9 Mio. Euro). Im Wesentlichen ist der Rückgang auf den erstmaligen Ausweis der Auslagererstattung für Kontoführung (Pauschale für Postversand) im Provisionsergebnis zurückzuführen. Der Ausweis wurde zur Verbesserung der Transparenz angepasst. Weiterhin trugen geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und aus Währungsumrechnung zum Rückgang bei.

Es konnte ein Zinsüberschuss von rund 3,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,6 Mio. Euro) erzielt werden. Hintergrund war sowohl ein Anstieg des Aktivgeschäfts, sowie das aktive Liquiditätsmanagement. Die laufenden Erlöse aus dem Bereich Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Erträge aus verbundenen Unternehmen sanken auf 467 Tsd. Euro (Vorjahr: 549 Tsd. Euro). Während das Vorjahresergebnis der V-Fonds leicht anstieg, wurden in 2019 keine Dividendenerlöse erzielt.

Die Personalaufwendungen stiegen leicht auf 5,6 Mio. Euro (Vorjahr: 5,2 Mio. Euro). Die anderen Verwaltungsaufwendungen lagen mit 10,7 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 8,3 Mio. Euro). Ursächlich hierfür ist der erstmalige Ausweis von Verwarentgelten für unsere Bargeldhaltung in den Verwaltungskosten anstatt wie bisher in den Provisionsaufwendungen. Der Ausweis wurde zur Verbesserung der Transparenz sowie gemäß § 31 Abs. 2 RechKredV angepasst. Die Verwahrkosten stiegen zudem 2019 deutlich an.

Der Wertpapierbestand gliedert sich in Anlagebestand sowie Liquiditätsreserve. Die Liquiditätsreserve wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip und das Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. In diesem Jahr betrug das Bewertungsergebnis aus Wertpapieren 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro). Zum Bilanzstichtag bestanden im Wertpapierbestand stille Lasten in Höhe von 0,7 Mio. Euro

(Vorjahr: 2,9 Mio. Euro), stille Reserven in Höhe von 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1,6 Mio. Euro) und in Anteilen an verbundenen Unternehmen stille Reserven von insgesamt 4,3 Mio. Euro (Vorjahr: 5,1 Mio. Euro). Die Unternehmensbewertung der verbundenen Unternehmen erfolgte gemäß § 200 des Bewertungsgesetzes (BewG).

Im Kreditgeschäft wurden Einzelwert- und Pauschalwertberichtigungen auf Kundenengagements vorgenommen. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft beläuft sich auf rund 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2019 erwirtschafteten wir ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 5,828 Mio. Euro (Vorjahr: 5,682 Mio. Euro) und steigerten unser Ergebnis um 1,7 Prozent. Im Lagebericht 2018 hatten wir als Ziel 6,2 Mio. Euro genannt. Die Abweichung ist insbesondere auf die Kostenseite und hier darauf zurück zu führen, dass ein mittlerer sechsstelliger Betrag für das Strategieprojekt mit der Unternehmensberatung zeb aufgewendet worden ist. Der Jahresüberschuss betrug am Bilanzstichtag 3,749 Mio. Euro (Vorjahr: 3,835 Mio. Euro). Vorstand und Aufsichtsrat werden zur Stärkung der Eigenkapitalbasis bei der Feststellung des Jahresabschlusses 1.874.428,89 Euro des Jahresüberschusses in die Gewinnrücklagen einstellen.

Für den verbleibenden Bilanzgewinn von 1.874.428,92 Euro schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung vor, auf eine Dividende für das Geschäftsjahr 2019 wie angekündigt zu verzichten und den verbleibenden Gewinn zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals ebenfalls vollständig in die Gewinnrücklagen einzustellen.

#### **V-FONDS GmbH**

Die V-FONDS GmbH schloss 2019 mit einem nahezu unveränderten Ergebnis gegenüber dem Vorjahr ab. Der Ergebnisbeitrag aus dem Geschäftsbereich Fondseinkauf reduzierte sich leicht. Ursächlich dafür war die Umwandlung weiterer Tranchen von verprovisionierten in nicht verprovisionierte Anteilsklassen. Positiv wirkte sich das nicht zuletzt durch die Entwicklung der Kapitalmärkte gesteigerte betreute Fondsvolumen aus. Zum 01.04.2019 stellte die V-FONDS GmbH das Geschäftsfeld „Vertrieb“ ein. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen wurden durch entsprechende Kostensenkungen leicht überkompensiert.

Damit lieferte die V-FONDS wieder einen positiven Beitrag in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro zu unserem Ergebnis. Die Bewertung im Rahmen der Jahresabschlusserstellung gemäß § 200 Bewertungsgesetz (BewG) ergibt eine stille Reserve von 3,6 Mio. Euro (Vorjahr: 3,1 Mio. Euro).

## **V-Check GmbH**

Die V-CHECK GmbH befand sich 2019 weiterhin noch im Aufbau. Eine Beurteilung entsprechend IDW RS HFA 10 ergab keinen Anpassungsbedarf beim Beteiligungsbuchwert. Eine Unternehmensbewertung nach dem vereinfachten Bewertungsverfahren gemäß § 200 Bewertungsgesetz (BewG) ergab eine stille Reserve von 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro).

### **2.3.2 Finanzlage**

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit rund 1.831 Mio. Euro (Vorjahr: 1.799 Mio. Euro) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit rund 11,3 Mio. Euro (Vorjahr: rund 12 Mio. Euro) stellen zum Bilanzstichtag die wesentlichen Finanzierungsquellen dar. Dem gegenüber stehen liquide Mittel (Bar- und Bundesbankbestand) von rund 1.186 Mio. Euro (Vorjahr: 994 Mio. Euro) und Finanzinstrumente von 523 Mio. Euro (Vorjahr: 679 Mio. Euro). Das Anlagevermögen aus immateriellen Anlagewerten und Sachanlagen erhöhte sich auf 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 4,3 Mio. Euro).

Das Eigenkapital betrug zum 31.12.2019 48,6 Mio. Euro (Vorjahr: 37,5 Mio. Euro). Zum Bilanzstichtag beliefen sich die kurzfristig innerhalb von drei Monaten fälligen Finanzierungsmittel auf 1.842,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.810,5 Mio. Euro), die mittelfristigen Finanzierungsmittel zwischen drei Monaten und fünf Jahren auf 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) und die langfristigen Finanzierungsmittel auf 64,3 Mio. Euro (Vorjahr: 53,2 Mio. Euro).

Im Berichtsjahr war die Zahlungsfähigkeit zu jeder Zeit gegeben. Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die vom Bundesministerium der Finanzen in Benehmen mit der Deutschen Bundesbank aufgestellte Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten und ermöglichten im Rahmen der strategischen Planung ausreichend Spielraum für den Ausbau des Bankgeschäftes.

Bis zur Erstellung des Lageberichts lagen keine Umstände vor, die die Liquiditätsslage der Bank nachteilig verändern könnten.

### **2.3.3 Vermögenslage**

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) belief sich zum Bilanzstichtag auf 2,5 Prozent (Vorjahr: 2,0 Prozent). Nach Anrechnung des Gewinns aus 2019 wird die Eigenkapitalquote mit Feststellung des Jahresabschlusses 2,6 Prozent betragen (Vorjahr: 2,4). Der Jahresüberschuss soll vollständig thesauriert werden, um die Eigenkapitalbasis weiter zu stärken.

Wir erfüllen die erhöhten Eigenkapitalanforderungen nach Basel III. Zum Bilanzstichtag übertraf die Gesamtkapitalquote nach CRR mit 22,8 Prozent (Vorjahr: 18,5 Prozent) klar die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen einschließlich der Anforderungen gemäß des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) in Höhe von insgesamt 10,5 Prozent.

Zum Jahresabschluss 2019 wurde eine Kapitalrendite nach § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG in Höhe von 0,2 Prozent (Vorjahr: 0,2 Prozent) ermittelt. Bei einer Bilanzsumme von TEUR 1.920.384 (Vorjahr: TEUR 1.874.746) und einem Jahresüberschuss von TEUR 3.749 (Vorjahr TEUR 3.835).

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage schätzen wir unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr als sehr gut ein.

#### **2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden in den Abschnitten 2.2 und 2.3 ausführlich erläutert.

Eine entscheidende Basis für die erfolgreiche Entwicklung in der Zukunft ist die Zufriedenheit unserer Kunden. Diese war 2019 auf einem hohen Niveau. Das zeigen die Ergebnisse unserer aktuellen Zufriedenheitsbefragung: Die persönlichen Ansprechpartner in Kundenbetreuung und Vertrieb, die hohe Kundenorientierung, das gute Händlerteam, die unkomplizierte Abwicklung sowie ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis werden von unseren Geschäftspartnern besonders geschätzt. Insgesamt ist die Zufriedenheit im Vergleich zur letzten Erhebung vor zwei Jahren weiter gestiegen. Dreiviertel unserer Geschäftspartner sind mit uns vollkommen oder sehr zufrieden. Im Vergleich mit der ansonsten am häufigsten genutzten Bank sind wir für 34 Prozent besser, für 61 Prozent vergleichbar gut. 92 Prozent der Befragten würden uns bestimmt oder sehr wahrscheinlich weiterempfehlen. Bei der letzten Befragung waren das sechs Prozentpunkte weniger. Entsprechend planen 81 Prozent, das bei uns betreute Kundenvermögen zu erhöhen. 19 Prozent wollen den Status quo beibehalten.

Zum Jahresende waren 65 Mitarbeiter bei uns beschäftigt (Vorjahr: 62). Die Belegschaft (ohne Aushilfen) war im Durchschnitt 42 Jahre alt (Vorjahr: 42 Jahre). Insgesamt gab es im Jahresverlauf 15 Neueinstellungen und 12 Austritte. Zwei Mitarbeiterinnen waren in Elternzeit. Das Gehalt unserer Mitarbeiter enthält neben dem Fixgehalt eine variable Komponente, die sich an den Gesamtbankzielen und einer individuellen Zielvereinbarung des Mitarbeiters bemisst. Fach- und Führungskräfte werden dabei gleichgestellt. Für die Geschäftsleitung bestehen Aktienoptionsprogramme aus den Jahren 2016 und 2019. Das Aktienoptionsprogramm 2019 umfasst auch auf den Generalbevollmächtigten.

## **2.5 V-BANK Aktie**

Im vergangenen Jahrzehnt verloren die Aktien fast aller Banken deutlich an Wert. Finanz- und Bankenkrise(n) oder die Folgen der anhaltenden Niedrigzinspolitik sind zu einer Herausforderung für viele bestehende Geschäftsmodelle geworden. So fiel der Europäische Bankenindex (Eurostoxx Banken Preis Index) von Anfang 2008 bis Ende 2019 um 76,25 Prozent. Dagegen konnten wir seit dem Start der Bank den Wert der V-BANK Aktie annähernd verdreifachen. In 2019 lag bei der Kapitalerhöhung der Ausgabepreis für die neuen Aktien bei 15,10 Euro pro Stück.

75,4 Prozent der Anteile hielten Ende 2019 Vermögensverwalter und Family Offices, davon die HORUS V-BANK Holding GmbH 47,9 Prozent. 15,0 Prozent lagen bei der W&W Gesellschaft für Finanzbeteiligungen GmbH sowie weitere 3,1 Prozent bei Management und Mitarbeitern.

Die V-BANK Aktie ist nach unserer Einschätzung ein Wachstumswert, da wir in den kommenden Jahren weiterhin von einem dynamischen Wachstum ausgehen. Die Rahmenbedingungen dafür sind gegeben. Um diese Nutzen zu können, müssen wir entsprechend kapitalisiert sein. Denn neben den erforderlichen Zukunftsinvestitionen als Ergebnis unseres Strategieprojekts sind auch alle aufsichtsrechtlichen Kennziffern einzuhalten.

Dabei kommt der dauerhaften Einhaltung der Kapitalkennziffer Leverage Ratio, die ab Mitte 2021 verbindlich und mit 3 Prozent festgelegt ist, eine besondere Bedeutung zu. 2019 wurde die Höhe unsere Bilanzsumme erneut zu über 95 Prozent durch die Sichteinlagen unserer Kunden bestimmt. Das dynamische Wachstum an Kundenvermögen - und damit immer auch an Liquidität - ist zugleich eine Belastung für die Einhaltung der Leverage Ratio, die sich aus dem Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme ergibt. Während wir bei allen anderen Kennziffern die aufsichtsrechtlichen Vorgaben übertreffen, betrug die Leverage Ratio Ende 2019 2,74 Prozent.

Um kapitalseitig die Voraussetzungen für unser zukünftiges Wachstum zu schaffen, schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn 2019 in voller Höhe zu thesaurieren. Bereits 2019 hatten die beiden größten Aktionäre HORUS und Wüstenrot & Württembergische sowie die Vorstandsaktionäre auf die Auszahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 2018 verzichtet. Diese konnte dem Eigenkapital der Gesellschaft entsprechend zugeführt werden.

Im vergangenen Geschäftsjahr übten wir das genehmigte Kapital 2016/I in Höhe von 500.000 Euro im Kreis der bestehenden Aktionäre aus und erhöhten unser Eigenkapital um 7,55 Mio. Euro. Dadurch stieg die Anzahl der Aktien der V-Bank AG von 5.470.641 (Stand: 31.12.2018) auf 5.970.641. Wenn die Leverage Ratio ab Mitte 2021 verbindlich einzuhalten ist, können wir eine weitere Kapitalerhöhung nicht ausschließen. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26. Juni 2024 einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 600.000,00 durch Ausgabe von bis zu 600.000 neuen Stammaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2019/I).

2019 legten Dr. Michael Hammes, Bernd Hertweck und Dr. Jan Martin Wicke ihr Mandat als Aufsichtsrat nieder. Dafür wurden im Januar 2020 Frank Annuscheit, ehemals Vorstand der Commerzbank AG, Richard Manger, Verwaltungsrat der CARDEA AG, und Jürgen Steffan, Vorstand der Wüstenrot & Württembergische AG, erstmals gerichtlich bestellt. Aufsichtsratsvorsitzender ist weiterhin Lars Hille.

### **3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

#### **3.1 Prognosebericht**

Die Weltwirtschaft wird 2020 nach der aktuellen Einschätzung des IWF vom Januar 2020 wieder stärker wachsen als im Vorjahr.<sup>21</sup> Als Gründe führt der IWF unter anderem eine teilweise Einigung im Handelskonflikt zwischen den USA und China, eine anhaltend lockere Geldpolitik der Zentralbanken sowie geringe Sorgen vor einem ungeregelten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union an. Das Wachstum soll laut IWF auf 3,3 Prozentpunkte belaufen. Etwas weniger optimistisch ist die OECD für das aktuelle Jahr. Sie prognostiziert ein globales Bruttoinlandsprodukt in Höhe von rund drei Prozent.<sup>22</sup> Der Sachverständigenrat der Bundesregierung geht mit 2,6 Prozentpunkten von einem noch schwächeren Wachstum aus.<sup>23</sup> Im Hinblick auf Deutschland gehen die Projektionen ebenfalls auseinander: Die Spanne reicht dabei von plus 1,1 Prozent (IWF), 0,9 Prozent (Sachverständigenrat) bis zu 0,4 Prozent (OECD).

In diesen Prognosen sind die wirtschaftlichen Folgen durch die Ausbreitung des Coronavirus noch nicht berücksichtigt. Ökonomen gehen davon aus, dass das weltweite Wirtschaftswachstum gebremst wird. Modellrechnungen zufolge könnte durch eine wirtschaftliche Abschwächung Chinas das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone um bis

---

<sup>21</sup> Vgl. IMF: World Economic Outlook Update, 20.01.2020

<sup>22</sup> Vgl. OECD: Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2019/2, 21.11.2019

<sup>23</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Den Strukturwandel meistern, 06.11.2019, S. 18

zu 0,25 Prozentpunkte niedriger ausfallen als bisher angenommen. Deutschland wäre davon sogar noch stärker betroffen. An der lockeren Geldpolitik vieler Zentralbanken sollte sich 2020 kaum etwas ändern. Es spricht vieles dafür, dass es in den USA eher zu einer weiteren Zinssenkung als zu einer Erhöhung der Leitzätze kommen wird. Gerade im Wahljahr 2020 wird US-Präsident Donald Trump alles dafür tun, die FED von der Notwendigkeit einer akkommodierenden Geldpolitik zu überzeugen.

Vor diesem Hintergrund können die Aktienmärkte in ihr zwölftes Jahr der steigenden Kurse gehen. Allerdings rechnen viele Investoren nach 2019 nur noch mit einstelligen Kursanstiegen. Bei der V-BANK kann sich diese insbesondere bei den Transaktionszahlen sowie den Assets under Custody bemerkbar machen. Die Folgen durch die Ausbreitung des Corona-Virus sind hier allerdings noch nicht berücksichtigt.

Die Unternehmensberatung Bain prognostiziert, dass Deutschlands Banken ohne Konsolidierung und Nutzung der damit verbundenen Synergien auch mittelfristig nur geringe Chancen haben, ihre Eigenkapitalkosten zu verdienen.<sup>24</sup> Durch die anhaltende Konsolidierung im deutschen Bankenmarkt, den Kostendruck sowie sozio-demografische Veränderungen in der Gesellschaft werden Filialschließungen weiterhin ein wichtiges Instrument der Geldhäuser bleiben, um Kosten zu reduzieren. Die Beratungsgesellschaft Oliver Wyman schätzt, dass sich die Anzahl der Bankfilialen in Deutschland von 29.700 in 2018 bis 2025 auf 19.100 verringern wird.<sup>25</sup> Die Erhebung von Wyman ergab gleichzeitig, dass 42 Prozent aller Bankkunden angaben, ihre Bank wechseln zu wollen, falls ihre Stammfiliale schließt. Das entspricht einem Verlust an Kundenerträgen in Höhe von kumuliert sechs Mrd. Euro.

Das globale Vermögen wird laut Global Wealth Report 2019 der Credit Suisse in den nächsten fünf Jahren um 27 Prozent steigen und im Jahr 2024 459 Bio. USD erreichen. Die Zahl der USD-Millionäre wird in den kommenden fünf Jahren spürbar auf fast 63 Mio. steigen. In Deutschland soll die Anzahl der USD-Millionäre bis 2024 auf 3,018 Mio. anwachsen.<sup>26</sup> Traditionell sehen unabhängige Vermögensverwalter bei Vermögensmillionären ihre wichtigste Kernzielgruppe. Das stetig zunehmende (Privat-)Vermögen bildet die Grundlage für das nachhaltige Marktwachstum unabhängiger Vermögensverwalter. Das wiederum ist die Basis für ein zukünftig weiterhin erfolgreiches Geschäftsmodell der V-BANK.

---

<sup>24</sup> Vgl. Bain & Company: Deutschlands Banken 2019 - Erst sanieren, dann konsolidieren, 16.12.2019

<sup>25</sup> Vgl. Oliver Wyman: Die Bankfiliale der Zukunft, 09.01.2020

<sup>26</sup> Vgl. Credit Suisse: Global Wealth Report 2019, 21.10.2019,

Die Ergebnisse der VV-Befragung durch das Institut für Vermögensverwaltung (InVV) an der technischen Hochschule Aschaffenburg zeichneten für 2019 ein sehr positives Bild von der Branche in Deutschland. Wir gehen davon aus, dass auf Grund unserer Marktwahrnehmungen sowie unserer operativen Entwicklung in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres die Branche auch in 2020 wachsen wird.<sup>27</sup>

Dabei eröffnen sich zunehmend auch im „Online-Geschäft“ Wachstumschancen. Nach jüngsten Erhebungen von Oliver Wyman haben sich die Assets under Management der Robo-Advisor in Deutschland 2018 von 1,3 auf 2,8 Mrd. Euro mehr als verdoppelt.<sup>28</sup> Im Jahr 2020 dürfte erstmals die Marke von zehn Mrd. Euro überschritten werden. Für 2021 werden 15 bis 20 Mrd. Euro erwartet. Statista prognostiziert für 2023 über 30 Mrd. Euro an verwaltetem Kundenvermögen bei Robo-Advisor in Deutschland.<sup>29</sup> Dahinter sollen dann rund 675.000 Kunden stehen.<sup>30</sup>

Bei unserer Planung für das Geschäftsjahr 2020 reflektieren wir die Erfahrungen der Vergangenheit und berücksichtigen zugleich die im Lagebericht beschriebenen, zukünftigen Entwicklungsfaktoren.

Unter anderem erwarten wir dabei:

- Die Konsolidierung im Markt der unabhängigen Vermögensverwalter setzt sich in Deutschland fort. In der für uns relevanten Zielgruppe wird es immer weniger Gesellschaften mit insgesamt mehr betreutem Kundenvermögen geben. Unsere Aufgabe bleibt daher, den „share of wallet“ bei unseren Geschäftspartnern zu erhöhen. Im laufenden Geschäftsjahr glauben wir, mindestens netto 5 Kooperationspartner neu gewinnen zu können.
- Bei der Anzahl der neu gewonnenen Kundenkonten und -depots planen wir im Vermögensverwaltergeschäft mit rund 2.500 (netto). Damit liegen wir über dem Ist-Niveau des Vorjahres (2019: 2.187). Insgesamt rechnen wir Ende 2020 mit rund 28.700 Kundenkonten und -depots.
- Wir gehen - angelehnt an den Durchschnitt der vergangenen Jahre - von einem erneuten performanceneutralen

---

<sup>27</sup> Vgl. Institut für Vermögensverwaltung (InVV): Ergebnisse der 6. Befragung Februar/März 2019, 11.06.2019

<sup>28</sup> Vgl. Oliver Wyman: Robo Advice Marktstudie Deutschland. Update April 2019, 20.09.2019

<sup>29</sup> Vgl. Statista Digital Market Outlook: Prognose zur Entwicklung des verwalteten Vermögens der Robo-Advisors in Deutschland von 2017 bis 2023, Mai 2019

<sup>30</sup> Vgl. Statista Digital Market Outlook: Prognose zur Entwicklung der Anzahl der Robo-Advisor-Nutzer in Deutschland von 2017 bis 2023, Mai 2019

Nettowachstum des betreuten Kundenvermögens in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro aus.

- Beim Einlagevolumen gehen wir von einer Liquiditätsquote von 9 Prozent bezogen auf die AuC des Vermögensverwaltergeschäfts aus.
- Bei der Anzahl der Wertpapiertransaktionen unterstellen wir im Bereich Vermögensverwalter auf Jahresbasis 15,0 Wertpapiertransaktionen pro Kundendepot. Wir setzen damit leicht über dem Niveau des Vorjahres auf. 2019 lag die IST-Zahl bei 14,7.

Durch die Wertpapiertransaktionen sollen 2020 rund 65 Prozent unserer Erlöse generiert werden.

- Auf Grund unserer Geschäftsstrategie bleibt das Kundenkreditgeschäft (überwiegend Lombardkreditgeschäft) von untergeordneter Bedeutung.
- Unser Tochterunternehmen V-FONDS strebt auf Vorjahresniveau erneut einen positiven Beitrag zum Gesamtergebnis an. Die geplanten Anlaufverluste der V-CHECK, die 2020 mit dem aktiven Vertrieb erst beginnt, führten nicht zu einer Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes.
- 2020 plant die V-BANK mit einem Ergebnis vor Steuern von 6,3 Mio. EUR. Der Bilanzgewinn soll erneut voll thesauriert werden.

## **3.2 Risikobericht**

### **3.2.1 Organisation des Risikomanagements**

Das Risikomanagement der V-BANK ist darauf ausgerichtet, Risiken frühzeitig zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu limitieren. Hierzu erfolgen im Rahmen eines Risikomanagementprozesses die Risikoerkennung, die Risikobewertung, das Risikocontrolling, das Risikoreporting sowie die Risikosteuerung aller als wesentlich eingestuftes Risiken. Ziel des Risikomanagements ist eine zielkonforme und systematische Risikosteuerung. Ausgehend von der strategischen Geschäftsausrichtung legt der Vorstand die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Risikolimitierungsstruktur in der Geschäfts- und Risikostrategie verankert sind.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (RTF) werden Verfahren eingesetzt, die sowohl das Ziel der Fortführung des Instituts als auch den Schutz der Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht angemessen berücksichtigen. Zur Erfüllung dieser beiden Schutzziele werden für die Risikotragfähigkeit die normative und ökonomische Perspektive zugrunde gelegt.

Der Vorstand ist für ein dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der betriebenen oder beabsichtigten Geschäfte der Bank entsprechendes funktionsfähiges Risikomanagementsystem – ungeachtet der organisatorischen Zuordnung zum Marktfolgevorstand – gesamtverantwortlich. Dies schließt die regelmäßige Überprüfung und fortlaufende Weiterentwicklung des Systems, die Festlegung und Anpassung der Gesamtgeschäftsstrategie (einschließlich der Risikostrategie), die Limitierung von Risiken sowie die Berichterstattung an den Aufsichtsrat mit ein. Die Risikocontrolling-Funktion der V-BANK ist bis einschließlich der Ebene der Geschäftsleitung organisatorisch von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung bzw. den Abschluss von Geschäften verantwortlich sind. Somit wird die notwendige organisatorische Unabhängigkeit innerhalb des Instituts gewährleistet. Die Anforderungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) an die Risikocontrolling-Funktion und deren Leitung werden dabei beachtet.

### **3.2.2      Geschäfts- und Risikostrategie**

Die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems orientiert sich an der festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie. Für die Ausarbeitung dieser Strategien ist der Gesamtvorstand verantwortlich. In der Geschäfts- und Risikostrategie werden Unternehmensziele und Maßnahmen zur Sicherung des langfristigen Unternehmenserfolgs sowie das Grundverständnis der Bank zu wesentlichen geschäftspolitischen Fragen dargestellt. Die Risikostrategie ist Bestandteil der Geschäftsstrategie und legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken innerhalb der Bank fest. Geschäfts- und Risikostrategie der Bank werden mindestens jährlich überprüft, ggf. aktualisiert und dem Aufsichtsrat – als Aufsichtsorgan der Bank – zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

### **3.2.3      Risikobewertung**

Die als wesentlich eingestuften Risiken werden im Rahmen der Risikobewertung quantitativ und qualitativ evaluiert. Als Grundlage dienen die Ergebnisse der Risikoinventur sowie die regelmäßige Risikoberichterstattung. In der quantitativen Analyse nutzt die Bank Module aus dem Gesamtbanksteuerungssystem Okular® der parcIT GmbH, sowie Eigenanwendungen.

### **3.2.4 Risikocontrolling und -reporting**

Die unmittelbare und vollständige Information der Organisationseinheiten über die sie betreffenden wesentlichen Risiken bildet das Fundament einer wirksamen Risikoüberwachung und -kommunikation. Für die regelmäßige Risikoberichterstattung sind deshalb feste Kommunikationswege und Informationsempfänger bestimmt. Die Erstellung und Kommunikation des Risikoreportings erfolgt durch die Risikocontrolling-Funktion. Die Risikoüberwachung und Risikokommunikation der Bank werden ausführlich in der Rahmenanweisung für das Risikomanagement dargestellt. Nach dem Prinzip der dezentralen Risikosteuerung verantworten auf operativer Ebene die Risikoinhaber (Führungskräfte sowie Prozessverantwortliche) die für ihre Bereiche relevanten Risiken. Der Informations- und Kommunikationsprozess wird von der Internen Revision - als prozessunabhängige Institution - geprüft und beurteilt. Das Überschreiten vorgegebener Warn- und Schwellenwerte führt unverzüglich nach entsprechender Kenntnis zu einer Ad-hoc-Berichterstattung an den zuständigen Vorstand bzw. Gesamtvorstand. Beim Auftreten von neuen Risiken, für die noch keine Regelungen getroffen wurden, sind der unmittelbare Vorgesetzte sowie das Risikomanagement durch die Risikoinhaber unverzüglich zu informieren. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Darüber hinaus wird der Aufsichtsrat bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Sachverhalten ad hoc informiert.

### **3.2.5 Risikosteuerung**

Die Risikosteuerung umfasst die Summe aller Maßnahmen zur limitadäquaten Begrenzung, Verringerung, Vermeidung oder Übertragung von Risiken. Die Festlegung der wesentlichen Elemente der Risikosteuerung sowie der wesentlichen Annahmen werden vom Vorstand beschlossen.

Unsere Risikosteuerung zielt auf eine zielkonforme und systematische Risikohandhabung. Dabei beachten wir folgende Grundsätze:

- Verzicht auf Geschäfte, deren Risiko vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit und der Risikostrategie unserer Bank nicht vertretbar sind. Ein Geschäft ist in jedem Fall dann abzulehnen, wenn die Existenz der Bank gefährdet erscheint.
- Risikobegrenzung durch Übertragung nicht strategiekonformer Risiken auf andere Marktteilnehmer (beispielsweise über Versicherungsverträge oder durch Schließung offener Positionen über Derivate).

- Weitestgehende Vermeidung von Risikokonzentrationen durch quantitative Instrumente (u.a. Limitsysteme) oder qualitative Risikoanalysen.
- Schadensbegrenzung durch aktives Management aufgetretener Schadensfälle.

Des Weiteren führen wir Stresstests für die wesentlichen Risikoarten und Risikokonzentrationen durch. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen werden in regelmäßigen Abständen, jedoch mindestens jährlich, überprüft und ggf. angepasst. Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Stresstests werden verwendet, um Handlungs- und Steuerungsmaßnahmen abzuleiten.

### **3.2.6 Risikoprofil**

#### **3.2.6.1 Adressenrisiken**

Die Adressenrisiken setzen sich aus den folgenden wesentlichen Risikoarten zusammen:

#### **Adressenausfallrisiko Kundenkreditgeschäft**

Als Adressenausfallrisiko Kundengeschäft wird das Risiko des wirtschaftlichen Verlustes auf Grund eines Ausfalls eines Kreditnehmers verstanden. Es beinhaltet, dass ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen nicht oder nur zum Teil nachkommen kann, wenn bereits Leistungen in Form von liquiden Mitteln und Wertpapieren erbracht wurden. Der entstehende Verlust kann folgende Bestandteile enthalten: Forderungsausfall, entgangene Zinszahlungen, Kosten für die Rechtsverfolgung sowie sonstige Kosten.

#### **Adressenausfallrisiko im Eigengeschäft**

Das **Migrationsrisiko** bezeichnet die Gefahr von Wertschwankungen eines Emittenten auf Grund der Migration in eine schlechtere Ratingklasse.

Das **Kontrahentenrisiko** (im Weiteren auch im Begriff Eigengeschäft zusammengefasst) ist das Risiko, dass die Gegenpartei aus schwebenden Wertpapiergeschäften oder Derivaten ausfällt und eine ursprünglich abgesicherte Position zum aktuellen Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Risiko findet seinen Ausdruck im Wiedereindeckungsrisiko, dem Vorleistungsrisiko sowie dem Abwicklungsrisiko.

Das **Länderrisiko** beschreibt das Risiko, das nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern auf Grund seines Sitzes im Ausland besteht. Folglich kann es auf Grund krisenhafter politischer oder ökonomischer Entwicklungen in diesem Land zu Transferproblemen und somit zusätzlichen Adressenausfallrisiken kommen, die sich ebenfalls im Kreditrisiko niederschlagen.

In der ökonomischen Risikotragfähigkeitsbetrachtung wenden wir statistische Verfahren und Modelle (Kreditportfoliomodelle) zur Risikoquantifizierung an. Die ökonomischen Risiken - Value at Risk (VaR) - werden bei einer Risikobetrachtungshorizont von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent berechnet. Die Adressenrisiken haben in der ökonomischen Risikotragfähigkeitsbetrachtung zum 31.12.2019 einen Anteil von 47,3 Prozent (Vorjahr: 61,0 Prozent) an der Summe des Gesamt-VaR.

Risikoart	Risikolimit p.a. (ökonomisch)	Risikowert		Struktur- anteil	Struktur- anteil Vorjahr
Pos. Bezeichnung	(1)	VaR (2)	Auslastung (3) = (2)/(1)	(4)=(2)/Σ(VaR)	(5)
1.1 Kreditgeschäft	2.500 T€	1.660 T€	66,4%	8,5%	3,3%
1.2 Migrationsrisiko	7.000 T€	6.421 T€	91,7%	32,8%	46,3%
1.3 Kontrahentenrisiko	2.100 T€	311 T€	14,8%	1,5%	0,4%
1.4 Länderrisiken	1.000 T€	882 T€	88,2%	4,5%	11,0%
<b>1. Adressenausfallrisiko</b>	<b>12.600 T€</b>	<b>9.274 T€</b>	<b>73,6%</b>	<b>47,3%</b>	<b>61,0%</b>

### 3.2.6.2 Marktpreisrisiken

Die Marktpreisrisiken setzen sich aus den folgenden wesentlichen Risikoarten zusammen:

#### Zinsänderungsrisiko

Ein Zinsänderungsrisiko ist zum einen die Gefahr, dass die realisierte Zinsergebnisgröße auf Grund von Marktzinsänderungen geringer ausfällt als erwartet oder sich der Gesamtbankbarwert des zinstragenden Geschäfts gegenüber eines sicheren Zinsbuchbarwertes unerwartet vermindert. Das barwertige Zinsänderungsrisiko (Zins-VaR) resultiert aus einer nicht zu erwarteten Veränderung der Marktzinssätze.

#### Credit-Spread-Risiko

Auf dem Zinsmarkt bezeichnet der Credit Spread die Rendite eines Wertpapiers abzüglich der Rendite gegenüber einer risikolosen Staatsanleihe. Das Credit-Spread-Risiko bezeichnet den unerwarteten Verlust infolge von Spreadschwankungen von Wertpapieren.

#### Aktien- bzw. Fondsrisiko

Gefahr, dass sich der Vermögenswert von Fonds bzw. der Wert eines Aktienportfolios auf Grund von unerwarteten Marktwertveränderungen stärker verringert als erwartet.

## Währungsrisiko

Stimmen die Abwicklungszeitpunkte von Wertpapiergeschäften der Kunden in Fremdwährung und deren Devisengeschäfte nicht überein, sind kurzfristig offene Devisenpositionen bzw. schwebende Geschäfte möglich. Die Saldierung der aktiven und passiven Fremdwährungsposition innerhalb einer Währung entspricht der offenen Fremdwährungsposition, die einem Bewertungsrisiko unterliegt.

## Handelsbuchrisiken

Der Wertpapiereigenhandel, mit dem Ziel kurzfristig Handelserfolge zu erzielen, ist unerwarteten Marktwertveränderungen unterworfen und einem Bewertungsrisiko ausgesetzt. Grundsätzlich sind wir ein Nichthandelsbuch-Institut und agieren nur innerhalb von Bagatellgrenzen. Die Handelsbuchtätigkeit ist auf eine Haltedauer von bis zu 10 Tagen ausgerichtet.

Risikoart		Risikolimit p.a. (ökonomisch)	Risikowert VaR Auslastung		Struktur- anteil	Struktur- anteil Vorjahr
Pos.	Bezeichnung	(1)	(2)	(3) = (2)/(1)	(4)=(2)/Σ(VaR)	(5)
2.1	Anlagebuch	5.400 T€	2.712 T€	50,2%	13,8%	21,3%
2.1.1	Zinsänderungsrisiko	2.300 T€	830 T€	36,1%	4,2%	20,5%
2.1.2	Credit-Spread-Risiko	1.700 T€	1.685 T€	99,1%	8,6%	0,0%
2.1.3	Aktienrisiko	1.000 T€	0 T€	0,0%	0,0%	0,0%
2.1.4	Fondsrisiko	200 T€	148 T€	74,0%	0,8%	0,2%
2.1.5	Währungsrisiko	200 T€	49 T€	24,5%	0,3%	0,5%
2.2	Handelsbuch	2.500 T€	0 T€	0,0%	0,0%	0,0%
2.	Marktpreisrisiko	7.900 T€	2.712 T€	34,3%	13,8%	21,3%

Das Credit-Spread-Risiko wurde im Vorjahr in einer Kombination aus Migration- und Credit-Spread-Risiken innerhalb der Adressenausfallrisiken ausgewiesen.

### 3.2.6.3 Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unvollkommenheit, Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder auf Grund von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und Risiken aus der Auslagerung (Outsourcing) von Geschäftstätigkeiten mit ein, nicht jedoch strategische Risiken oder Reputationsrisiken. Auf Grund der geringen eigenen Fertigungstiefe und dem damit verbundenen hohen Grad an Outsourcing kommt dem Auslagerungsrisiko eine besondere Bedeutung zu. Die Berechnung des operationellen Risikos erfolgt unter Berücksichtigung potenzieller Schadensereignisse mittels einer Monte-Carlo-Simulation mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent.

Risikoart	Risikolimit p.a. (ökonomisch)	Risikowert		Struktur- anteil	Struktur- Anteil Vorjahr
Pos. Bezeichnung	(1)	VaR (2)	Auslastung (3) = (2)/(1)	(4)=(2)/Σ(VaR)	(5)
3. Operationelles Risiko	5.000 T€	4.313 T€	86,3%	22,0%	7,6%

### 3.2.6.4 Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko setzt sich zum einem aus dem Vertriebs- als auch aus dem Kostenrisiko zusammen. Das Vertriebsrisiko ist die Gefahr, dass im Kundengeschäft die geplanten Zinskonditionsbeiträge und Provisionsergebnisse nicht erreicht werden. Das Vertriebsrisiko wird u. a. durch sich ändernde Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Wettbewerberverhalten, Kundenverhalten oder technologische Entwicklungen beeinflusst. Das Kostenrisiko stellt die Gefahr einer Überschreitung der Soll-Kosten durch die Ist-Kosten dar. Eine statistische Abweichungsanalyse des monatlichen Plan-Ist-Vergleichs ist die Grundlage für die Berechnung des Geschäftsrisikos. Das Geschäftsrisiko wird auf Sicht eines Jahres mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % berechnet.

Risikoart	Risikolimit p.a. (ökonomisch)	Risikowert		Struktur- anteil	Struktur- Anteil Vorjahr
Pos. Bezeichnung	(1)	VaR (2)	Auslastung (3) = (2)/(1)	(4)=(2)/Σ(VaR)	(5)
4. Geschäftsrisiko	3.500 T€	3.295 T€	94,1%	16,8%	10,1%

### **3.2.6.5 Sonstige Risiken**

Risikokonzentrationen können aus dem Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb von Risikoarten (Intra-Risikokonzentrationen) sowie dem Gleichlauf von Risikopositionen über unterschiedliche Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen) entstehen. Sämtliche wesentlichen Risikoarten werden in der jährlichen Risikoinventur hinsichtlich möglicher Risikokonzentrationen überprüft. Bestehende Risikokonzentrationen (Outsourcing) bzw. unterjährig auftretende Branchen- oder Größenkonzentrationen bei Adressenausfallrisiken (Eigenanlagen bzw. Großkredite) werden mittels der bankinternen Berichtsstruktur identifiziert und vierteljährlich einem Stress-test unterzogen.

Das Liquiditätsrisiko wird durch den aufsichtsrechtlichen Liquiditätsgrundsatz begrenzt. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 316 Prozent (Vorjahr: 286 Prozent) gegenüber aufsichtsrechtlich geforderten 100 Prozent.

Ergänzend werden plötzliche und unerwartete Liquiditätsabflüsse und deren Auswirkungen auf die Liquidität simuliert. Im Geschäftsjahr wurde ein Liquiditätsstresstest durchgeführt, wobei der definierte Notfallplan erfolgreich funktioniert hat. Großeinlagen, das heißt Einlagen ab einer Größenordnung größer fünf Prozent der Bilanzsumme, bestanden zum Jahresende nicht. Etwaige Terminrisiken aus Festzinsvereinbarungen beziehungsweise Abruftrisiken aus offenen Kreditzusagen waren im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

Wesentliche sonstige Risiken, die auf die Lage der Bank Einfluss haben, sind derzeit nicht bekannt.

### **3.2.6.6 Gesamtrisikoeinschätzung**

Eine Überprüfung der Methoden und Verfahren zur Risikomessung sowie der Angemessenheit der Methoden und Verfahren zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird regelmäßig durch. Zusätzlich werden die ermittelten Risikowerte einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Des Weiteren erfolgt eine Überprüfung der verwendeten Verfahren und Methoden auf Basis der Ergebnisse der Risikoinventur unter Berücksichtigung des Gesamtrisikoprofils sowie der ermittelten Risikokonzentrationen.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (RTF) werden Verfahren eingesetzt, die sowohl das Ziel der Fortführung des Instituts als auch den Schutz der Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht angemessen berücksichtigen. In der Konzeption der ökonomischen Risikotragfähigkeit müssen die wesentlichen Risiken des Instituts durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sein. Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird ein monatlicher Bericht erstellt, der das Risikodeckungspotenzial sowie die wesentlichen Risiken enthält. Die Risikotragfähigkeit war zu jeder Zeit gewährleistet. Während des gesamten Berichtszeitraumes kam es zu keinen bedeutenden Teilrisiko-Limitüberschreitungen. Das Gesamtbankrisikolimit wurde jederzeit eingehalten. Eine Neufestsetzung der Risikodeckungsmasse wurde in der jährlichen Eigenkapitalbedarfsplanung vorgenommen.

Risikoart	Risiko p.a. (ökonomisch)	Risiko p.a. Vorjahr	Risiko p.a. Veränderung
Pos. Bezeichnung	(1)	(2)	(3) = (1)/(2)-1
Risikodeckungsmasse	58.412 T€	52.261 T€	+11,8%
1 Adressenausfallrisiko	9.274 T€	12.284 T€	-24,5%
2 Marktpreisrisiko	2.712 T€	4.279 T€	-36,6%
3 Operationelles Risiko	4.313 T€	1.536 T€	+180,8%
4 Geschäftsrisiko	3.295 T€	2.029 T€	+62,4%
Gesamtbankrisiken	19.594 T€	20.128 T€	-2,7%
<b>Verbleibende Risikodeckungsmasse</b>	<b>38.818 T€</b>	<b>32.133 T€</b>	<b>+20,8%</b>

Bestandsgefährdende Risiken sowie Risiken, die über das übliche geschäftliche Maß hinausgehen, waren nicht erkennbar.

Die normative Risikotragfähigkeitsbetrachtung betrachtet eine dreijährige Kapitalplanung, um die Auswirkungen auf die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ableiten zu können. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sind sowohl innerhalb der Kapitalplanung als auch unter Stressbedingungen gewährleistet.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen und der institutsindividuelle Zuschlag in Höhe von derzeit 2,5 Prozent gemäß des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) sind neben Sicherheitspuffern für Stressrisiken in Höhe von 3,75 Prozent im Planungszeitraum jederzeit sichergestellt.

Die Eigenkapitalplanung auf Grundlage des Basisszenarios sieht eine Vollthesaurierung für die Geschäftsjahre 2019ff vor. Die jederzeitige Einhaltung der Leverage Ratio in Höhe von 3 Prozent ab Mitte 2021 ist unter der Annahme der Planungsprämissen sichergestellt. Um Schwankungen der Bilanzsumme abzudecken, ist ein Risikopuffer ab 2021ff aufzubauen.

### **3.2.7 Mitgliedschaft in Sicherungseinrichtungen**

Wir sind Mitglied der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (EdB), Berlin und des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB), Berlin.

### **3.3 Chancenbericht**

Wie in den Vorjahren gewannen wir 2019 zwei Drittel unsere neuen Geschäftsbeziehungen im Kernmarkt Deutschland. Zugleich konnten wir zuletzt in der Schweiz neue Kooperationspartner von uns überzeugen. Mit über rund 60 Geschäftspartnern hat sich hier ein „Brückenkopf“ gebildet. Die Umsetzung des Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und des Finanzinstitutsgesetz (FINIG) - vergleichbar mit MiFID II in Deutschland - löst bei Schweizer Vermögensverwaltern unter anderem durch den Wegfall von Retrozessionen einen erheblichen Kostendruck aus. Daraus ergeben sich Vertriebschancen für uns.

Bei der Gewinnung neuer Single-Family Offices sind wir zuversichtlich, insbesondere von Empfehlungen profitieren zu können. Die seit Gründung der Bank geleistete Arbeit in diesem Bereich trägt zunehmend Früchte.

In den Jahren vor 2019 lag die Anzahl der neu eröffneten Kundenkonten und -depots im Ergebnis immer wieder unter unseren Planungen. Gleichzeitig berücksichtigt unsere Planung die stetig wachsende Basis an Kooperationen mit VVs und (Single-)Family Offices einerseits sowie die Wachstumsaussichten der Branche andererseits. In 2020 kann erstmals die V-CHECK mit ihrem Marktplatz zu einer Steigerung der Anzahl unserer Kundenkonten und -depots beitragen.

Da wir die Entwicklung an den Börsen nur in Szenarien planen können, unterliegt die Entwicklung der AuC entsprechenden Schwankungen. Damit verbunden sind Chancen und Risiken.

Vor dem Hintergrund der verpflichtenden Einführung der Leverage Ratio in 2021 kann es sein, dass wir geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, um die Liquiditätsquote zu senken. Dies kann zu einem verminderten Wachstum oder Rückgang der AuC bis hin zum Verlust an Kunden führen. Dies kann vermieden werden, wenn es gelingt, Kunden adäquate Alternativen zur Liquiditätshaltung zu bieten.

Sollten wir die Freigrenze senken, ab der wir Wertaufbewahrungsgebühren („Strafzinsen“) berechnen, kann dies zu einer Steigerung des Zinsertrags führen und sich unterm Strich positiv auf das Geschäftsergebnis auswirken.

Wir werden Anfang 2020 in unserem strategischen Preismanagement die bestehenden Preismodelle anpassen. Dies könnte zu einer Verringerung des Neugeschäfts oder gar einem Rückgang der Anzahl an Endkunden führen. In der Folge hätte dies entsprechend negative Auswirkungen auf die Anzahl der Wertpapiertransaktionen. Gleichzeitig ist das Ziel der Preismodellpolitik, die durchschnittliche Marge zu stabilisieren bzw. zu steigern. In den beiden vergangenen Jahren profitierten wir von den gestiegenen AuC und Wertpapiertransaktionen nicht in gleichem Maße beim Provisionsertrag.

2020 können wieder eine Vielzahl an politischen Entscheidungen die Kapitalmärkte beeinflussen und für Volatilität sorgen. Aktuell ist offen, welche Folgen die Verbreitung des Corona-Virus auf die Börsen haben wird. 2019 haben wir zugleich erneut gesehen, dass Volatilität nicht automatisch zu weniger oder mehr Wertpapiertransaktionen führt. Obwohl die Volatilität 2019 tendenziell eher niedrig war, stieg bei uns die Anzahl der Wertpapiertransaktionen an.

Sollte die Volatilität steigen und Vermögensverwalter verstärkt auf Liquiditätshaltung setzen, kann dies das Zinsergebnis negativ beeinflussen.

#### **4 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die V-BANK AG hat am 30.09.2015 und am 28.02.2017 eine Nachrang-Anleihe (AT1 Anleihe) im Gesamtbetrag von EUR 10 Mio. und EUR 5 Mio. zur Aufnahme von zusätzlichem Kernkapital emittiert.

Die nachrangigen Schuldverschreibungen erfüllen die Anforderungen an das zusätzliche Kernkapital. Für die Eigenmittelinstrumente gilt gemäß Artikel 494b CRR II ein Bestandsschutz bis zum 28. Juni 2025.

München, den 28. Februar 2020

V-BANK AG

Jens Hagemann

Stefan Lettmeier

**Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019  
der V-Bank AG, München**

Aktivseite					Passivseite
	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Tsd. Euro	
<b>1. Barreserve</b>					
a) Kassenbestand		1.000.000.000,00		750.000	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		185.564.262,66		243.551	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank 185.564.262,66 Euro (Vj.: 243.551.228,67 Euro)					
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	1.185.564.262,66	0	
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbank zugelassen sind</b>					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
b) Wechsel		0,00	0,00	0	
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>					
a) täglich fällig		66.557.102,18		74.079	
b) andere Forderungen		260.254.258,86	326.811.361,04	295.323	
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			136.146.011,60	113.007	
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
darunter: Kommunalkredite 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00	0	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		80.521.199,37		89.191	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 13.000.000,00 Euro (Vj.: 28.115.583,69 Euro)					
bb) von anderen Emittenten		181.215.971,05	261.737.170,42	294.021	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 152.573.981,00 Euro (Vj.: 239.305.732,22 Euro)					
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00	261.737.170,42	0	
Nennbetrag 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			819.886,62	366	
<b>6a. Handelsbestand</b>			0,00	0	
<b>7. Beteiligungen</b>			23.325,00	23	
darunter: an Kreditinstitute 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 23.325,00 Euro (Vj.: 23.325,00 Euro)					
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			1.705.000,00	1.105	
darunter: an Kreditinstituten 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
<b>9. Treuhandvermögen</b>				0	
darunter: Treuhandkredite 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>				0	
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0	
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		4.996.613,92		3.599	
c) Geschäfts- und Firmenwert		0,00		0	
d) geleistete Anzahlungen		0,00	4.996.613,92	476	
<b>12. Sachanlagen</b>			186.564,00	218	
<b>13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital</b>				0	
darunter: eingefordert 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)					
<b>14. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			1.871.538,99	9.346	
<b>15. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			522.330,14	440	
<b>16. Aktive latente Steuern</b>			0,00	0	
<b>17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>			0,00	0	
<b>18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>			0,00	0	
<b>Summe Aktiva</b>			<b>1.920.384.064,39</b>	<b>1.874.746</b>	

  

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Tsd. Euro
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		11.297.936,47		11.960
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		0,00	11.297.936,47	0
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		0,00		0
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		0,00	0,00	0
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		1.830.587.044,98		1.792.449
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		758.369,70	1.831.345.414,68	6.139
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00	0,00	0
darunter: Geldmarktpapiere 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)				
darunter: eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)				
<b>3a. Handelsbestand</b>			0,00	0
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			0,00	0
darunter: Treuhandkredite 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)				
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			10.264.840,35	7.010
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			77.302,86	24
<b>6a. Passive latente Steuern</b>			0,00	0
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		0,00		0
b) Steuerrückstellungen		557.465,72		215
c) andere Rückstellungen		2.514.270,54	3.071.736,26	3.790
<b>8. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			0,00	0
<b>9. Genusrechtskapital</b>			0,00	0
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)				
<b>9a. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals</b>			15.311.486,30	15.311
<b>10. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			424.100,00	376
darunter: Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB 376.200,00 Euro (Vj.: 376.200,00 Euro)				
<b>11. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		5.970.641,00		5.471
davon eigene Anteile		0,00	5.970.641,00	0
b) Kapitalrücklage			27.250.024,71	20.200
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		0,00		0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00		0
cc) satzungsgemäße Rücklagen		0,00		0
cd) andere Gewinnrücklagen		13.496.152,84	13.496.152,84	9.883
d) Bilanzgewinn		1.874.428,92	48.591.247,47	1.918
<b>Summe Passiva</b>			<b>1.920.384.064,39</b>	<b>1.874.746</b>

<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		7.629.687,56		2.570
c) Haftung aus Bestellung für Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	7.629.687,56	0
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		0,00	0,00	0

**Gewinn- und Verlustrechnung  
der V-Bank AG, München  
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019**

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Tsd. Euro
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.444.807,47			705
davon aus Negativzinsen -229.322,24 Euro (Vj. -786.409,36 Euro)				
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>3.029.862,29</u>	4.474.669,76		3.165
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		<u>-688.988,62</u>		-1.256
davon aus Positivzinsen -1.325.401,17 Euro (Vj. -1.039.032,94 Euro)			3.785.681,14	
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		848,63		89
b) Beteiligungen		0,00		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>466.189,14</u>	467.037,77	461
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			0,00	0
<b>5. Provisionserträge</b>		35.551.299,13		34.190
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		<u>-17.682.522,13</u>	17.868.777,00	-18.786
<b>7. Nettoertrag des Handelsbestandes</b>			477.170,85	89
davon Zuführung zum Sonderposten § 340e Abs. 4 HGB 0,00 Euro (Vj.: 16.600,00 Euro)				
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			1.038.524,11	1.878
<b>9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-4.838.916,01			-4.500
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung darunter: für Altersversorgung 0,00 Euro (Vj.: 0,00 Euro)	<u>-732.220,60</u>	-5.571.136,61		-655
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-10.750.099,76</u>	-16.321.236,37	-8.268
<b>10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			-1.708.671,36	-1.378
<b>11. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			-161.986,42	-211
<b>12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft</b>		0,00		0
<b>13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft</b>		<u>280.990,31</u>	280.990,31	132
<b>14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagever- mögen behandelte Wertpapiere</b>		-119.616,83		-54
<b>15. Erträge aus Zuschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>		<u>221.336,55</u>	101.719,72	82
<b>16. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			0,00	0
<b>17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			5.828.006,75	5.682
<b>18. Außerordentliche Erträge</b>		0,00		0
<b>19. Außerordentliche Aufwendungen</b>		<u>0,00</u>		0
<b>20. Außerordentliches Ergebnis</b>			0,00	0
<b>21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		-1.977.201,05		-1.847
<b>22. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Position 12 ausgewiesen</b>		<u>-54.047,89</u>	-2.031.248,94	0
<b>23. Erträge aus Verlustübernahme</b>			0,00	0
<b>24. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne</b>			0,00	
<b>25. Zuführung zum Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g Abs.1 HGB</b>			<u>-47.900,00</u>	0
<b>26. Jahresüberschuss</b>			3.748.857,81	3.835
<b>27. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>			0,00	0
<b>28. Entnahmen aus Kapitalrücklage</b>			0,00	0
<b>29. Entnahmen / Einstellungen aus Gewinnrücklagen</b>				
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen		<u>-1.874.428,89</u>	-1.874.428,89	-1.918
<b>30. Bilanzgewinn</b>			<u><u>1.874.428,92</u></u>	<u>1.918</u>

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019**  
**DER**  
**V-BANK AG, MÜNCHEN**

**I. Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss der V-Bank AG ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der besonderen Vorschriften des Aktiengesetzes und des Kreditwesengesetzes aufgestellt. Dabei wurden auch die Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) vom 10. Februar 1992 in der Neufassung vom 11. Dezember 1998, zuletzt geändert am 17. Juli 2015, berücksichtigt.

Die Offenlegung der Informationen gemäß CRR (Capital Requirements Regulation-Verordnung (EU) Nr. 575/2013), Artikel 431 bis Artikel 451, und CRD IV (Capital Requirements Directive IV - EU - Richtlinie 2013/36/EU) erfolgt in einem separaten Offenlegungsbericht, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Im Handelsregister Abteilung B des Amtsgerichts München wird die V-Bank AG unter der Nummer HRB 167737 mit Geschäftssitz in München geführt.

**II. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung**

**1. Angaben der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Bei der Bilanzierung und Bewertung der Vermögens- und Schuldposten haben wir allen erkennbaren **Risiken Rechnung getragen**.

**Barreserven** sind zu Nennwerten bilanziert.

**Forderungen** sind grundsätzlich zum Nennwert vermindert um Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen angesetzt. Anteilige Zinsen werden periodengerecht abgegrenzt.

Die **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, soweit nicht Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich sind.

Im Geschäftsjahr wurden ausgewählte festverzinsliche Wertpapiere dem **Anlagevermögen** zugeordnet. Diese werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Für das Anlagevermögen wird, wie im Vorjahr, das **gemilderte Niederstwertprinzip** angewandt. Der Unterschied zwischen dem Nominalbetrag und dem Buchwert (Agio bzw. Disagio) wurde zeitanteilig über die Restlaufzeit ab- bzw. zugeschrieben. Auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve wird das **strenge Niederstwertprinzip** angewandt. Die unterlassenen Abschreibungen aufgrund des gemilderten Niederstwertprinzips belaufen sich auf TEUR 666 (Vorjahr TEUR 2.927). Der Buchwert der Finanzanlagen beläuft sich auf TEUR 456.271 und der beizulegende Wert auf TEUR 457.345. Von einer dauerhaften Wertminderung kann nicht ausgegangen werden, da die Finanzinstrumente des Anlagevermögens bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Die Bewertung der **Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals** erfolgt zum Nennwert.

Zum Bilanzstichtag wird kein **Handelsbestand** ausgewiesen.

Die **immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen** sind mit den um planmäßige Abschreibungen geminderten Anschaffungskosten bilanziert. Die Abschreibungen wurden mit den steuerlich höchstmöglichen Sätzen linear vorgenommen. Geringwertige Anlagegüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Für Wirtschaftsgüter bis EUR 1.000,00 wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst wird.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Die anteiligen Aufwendungen für die Zeit nach dem Bilanzstichtag wurden in den **Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesen.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** wurde allen erkennbaren und wesentlichen Risiken nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen.

**Eventualverbindlichkeiten, unwiderrufliche Kreditzusagen und andere Verpflichtungen** sind mit dem Nennbetrag vermerkt.

## **2. Angaben der Grundlagen für die Umrechnung von Währungsposten**

Die **Fremdwährungsvolumina** betragen bei den Vermögensgegenständen insgesamt TEUR 149.556 (Vorjahr TEUR 155.619) und TEUR 148.994 (Vorjahr TEUR 156.168) bei den Verbindlichkeiten.

Sämtliche Positionen in Fremdwährung sind mit den von der EZB festgestellten Referenzkursen am Bilanzstichtag umgerechnet. Sämtliche Fremdwährungspositionen in Vermögensgegenständen, Verbindlichkeiten oder Termingeschäften werden in der Regel durch Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt. Die Erträge und Aufwendungen aus diesen Fremdwährungspositionen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position Nr. 8 sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen.

### III. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

#### 1. Fristengliederung gemäß § 9 RechKredV

<b>Forderungen an Kreditinstitute / andere Forderungen</b>	<b>31.12.2019 (TEUR)</b>	31.12.2018 (TEUR)
bis drei Monate	50.010	0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	20.000	15.014
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	190.244	280.308
mehr als fünf Jahre	0	0
<b>Summe</b>	<b>260.254</b>	<b>295.323</b>

<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>31.12.2019 (TEUR)</b>	31.12.2018 (TEUR)
bis drei Monate	2.586	3.163
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.480	3.484
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.950	2.879
mehr als fünf Jahre	0	0
mit unbestimmter Laufzeit	126.130	103.481
<b>Summe</b>	<b>136.146</b>	<b>113.007</b>

<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</b>	<b>31.12.2019 (TEUR)</b>	31.12.2018 (TEUR)
bis drei Monate	0	0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0
mehr als fünf Jahre	0	0
<b>Summe</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</b>	<b>31.12.2019 (TEUR)</b>	31.12.2018 (TEUR)
bis drei Monate	758	6.139
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0
mehr als fünf Jahre	0	0
<b>Summe</b>	<b>758</b>	<b>6.139</b>

## 2. Börsenfähige Wertpapiere

Die Aufteilung von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren in börsennotiert und nicht börsennotiert ist wie folgt:

<b>Bilanzposten</b>	insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsen- notiert TEUR
<b>Aktiva Pos. 5</b>			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	261.737	261.737	0
<b>Aktiva Pos. 6</b>			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	820	255	565

Schuldverschreibungen und andere festverzinslichen Wertpapieren sind im Folgejahr nicht fällig.

### 3. Entwicklung des Anlagevermögens

3. Entwicklung des Anlagevermögens	Stand 01.01.2019 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2019 EUR
<b><u>Anschaffungskosten</u></b>				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere	266.151.031,70	34.998.097,97	97.204.295,08	203.944.834,59
Anteile an verbundenen Unter- nehmen	1.105.000,00	600.000,00	0,00	1.705.000,00
Immaterielle Anlagewerte	8.114.949,11	2.566.287,38	0,00	10.681.236,49
Sachanlagen	1.043.795,66	32.308,29	87.933,19	988.170,76
	<b>276.414.776,47</b>	<b>38.196.693,64</b>	<b>97.292.228,27</b>	<b>217.319.241,84</b>
<b><u>Währungsdifferenzen</u></b>				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere	-7.765.596,73	0,00	-672.085,36	-7.093.511,37
<b><u>Korrektur um zeitanteiliges Agio / Disagio</u></b>				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere	-953.220,65	-134.535,10	-310.702,28	-507.983,27
<b><u>Zuschreibungen</u></b>				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere	0,00	0,00	0,00	0,00
<b><u>Abschreibungen</u></b>				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere	9.560,00	0,00	0,00	9.560,00
Anteile an verbundenen Unter- nehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
Immaterielle Anlagewerte	4.039.643,48	1.644.979,09	0,00	5.684.622,57
Sachanlagen	825.847,66	63.692,29	87.933,19	801.606,76
<b>Nettobuchwert</b>	<b>262.820.907,95</b>	<b>36.622.557,36</b>	<b>96.221.507,44</b>	<b>203.221.957,87</b>

Der Buchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf TEUR 187 (Vorjahr TEUR 218).

Zum Bilanzstichtag bestanden im Wertpapierbestand stille Lasten in Höhe von 0,7 Mio. Euro und stille Reserven in Höhe von 1,8 Mio. Euro.

#### **4. Verbundenes Unternehmen**

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um nicht börsenfähige Anteile an der V-Fonds GmbH, Eschborn und der V-Check GmbH, München.

Die **V-Fonds GmbH** wurde im April 2013 gegründet. An dieser Gesellschaft besteht eine Beteiligung in Höhe von 80 % bei einem Stammkapital von TEUR 100. Die V-Fonds GmbH hat im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss von TEUR 583 erzielt. Auf die Erstellung eines Konzernabschlusses und die Einbeziehung der V-Fonds GmbH wird verzichtet, da dieses Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung ist. Gegenüber der V-Fonds GmbH bestand zum 31. Dezember 2019 eine Forderung in Höhe von TEUR 466. Diese Forderung wird unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Die **V-Check GmbH** wurde im Mai 2018 gegründet. An dieser Gesellschaft besteht eine Beteiligung in Höhe von 100 % bei einem Stammkapital von TEUR 25 und freiwilligen Kapitaleinlagen von TEUR 1.625. Im Geschäftsjahr 2019 ergab sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 450. Auf die Erstellung eines Konzernabschlusses und die Einbeziehung der V-Check GmbH wird verzichtet, da dieses Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung ist.

#### **5. Sonstige Vermögensgegenstände**

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen im Wesentlichen aus Provisionsforderungen in Höhe von TEUR 306 (Vorjahr TEUR 5.311), in Abrechnung befindliche Wertpapiergeschäfte TEUR 348 (Vorjahr TEUR 2.329), Steuerforderungen in Höhe von TEUR 115 (Vorjahr TEUR 742), Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 466 (Vorjahr TEUR 461) und Forderungen gegenüber Mitarbeitern in Höhe von TEUR 10 (Vorjahr TEUR 98) und sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 552 (Vorjahr TEUR 142) u.a. für die Umlage des Einlagensicherungsfonds.

#### **6. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen die Abgrenzungen für Lagerstellenkosten 2019 in Höhe von TEUR 424, DV-Kosten (Update/Lizenzen) 2019 in Höhe von TEUR 77, Veranstaltungskosten 2019 in Höhe von TEUR 5 und Versicherungsbeitrag 2019 in Höhe von TEUR 2 enthalten.

## **7. Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind**

Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 441 (Vorjahr TEUR 494) sind festverzinsliche Wertpapiere als Sicherheit verpfändet.

## **8. Sonstige Verbindlichkeiten**

Vom Ausweis entfallen TEUR 9.165 auf Verbindlichkeiten aus Steuern (Vorjahr TEUR 3.163), TEUR 213 auf Verbindlichkeiten aus Provisionen (Vorjahr TEUR 2.968) sowie TEUR 886 auf Verbindlichkeiten aus offenen Rechnungen (Vorjahr TEUR 879).

## **9. Andere Rückstellungen**

Die Position umfasst vor allem Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 1.347 (Vorjahr TEUR 1.722) und für Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 545 (Vorjahr TEUR 577). Die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs erfolgt nach der Stellungnahme des IDW Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) – (IDW RS BFA 3) vom 30.08.2012. In die Bewertung werden die zukünftigen Zahlungsströme aller zinstragenden Geschäfte mit einer Festzinslaufzeit einbezogen. Die Ermittlung erfolgt nach der barwertigen Betrachtungsweise. Der Saldo aus dem Barwert des Bankbuchs und dem Buchwert des Bankbuchs wird um voraussichtlich noch anfallende Risikokosten und Verwaltungsaufwendungen vermindert und anhand der Zinsstrukturkurve zum Jahresende 2016 auf den Bilanzstichtag abdiskontiert. Das Gesamtergebnis ist positiv, so dass die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nicht erforderlich ist.

## **10. Fonds für allgemeine Bankrisiken**

Dem **Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB** wurden TEUR 48 zugeführt (Vorjahr TEUR 0). Eine weitere Zuführung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. d. **§ 340e HGB** erfolgte nicht. Mit einem Volumen von TEUR 376 sind 50 Prozent des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht.

## 11. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals (AT 1 Anleihe)

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung am 31. März 2015 ermächtigt, bis zum 30. März 2020 einmalig oder mehrmals Genussrechte mit oder ohne Laufzeitbegrenzung gegen Barleistung von insgesamt EUR 15 Mio. auszugeben. Die Genussrechte mussten so ausgestaltet sein, dass sie als Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals nach Art. 52 Abs. 1 CRR oder sonst als bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel anerkannt werden können. Der Vorstand konnte den Zeitpunkt der Ausgabe, die Art der Verzinsung und den Zinssatz, den Ausgabekurs und die Laufzeit festsetzen. Aufgrund dieser Ermächtigung wurden am 30. September 2015 **Inhaber-Schuldverschreibungen über EUR 10 Mio.** und am 28. Februar 2017 in einer zweiten Tranche **über EUR 5 Mio. begeben**. Die Emission erfolgte im Wege einer Eigenemission an qualifizierte Anleger in Deutschland aus dem Kreis der Kernaktionäre mit einem Mindest-Nennbetrag von TEUR 100. Die Schuldverschreibungen begründen **nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten**, ein Endfälligkeitstag ist nicht vorgesehen. Nach Wahl der Emittenten können die Schuldverschreibungen der ersten Tranche ganz oder teilweise, vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde, unter Einhaltung einer Frist von 30 Tagen, frühestens zum 30.09.2020 und danach zu jedem Zinszahlungstag, gekündigt werden.

Die Anleihe ist mit einer Verzinsung von 8,00 % p.a. bis zum 30.09.2020 ausgestattet, die Zinszahlungen erfolgen jährlich zum 30.09. nachschüssig. Die zweite Tranche kann frühestens zum 30.09.2022 mit Einhaltung einer Frist von 30 Tagen gekündigt werden. Die Anleihe der zweiten Tranche ist mit einer Verzinsung von 8,45 % p.a. bis zum 30.09.2022 ausgestattet, die Zinszahlungen erfolgen jährlich zum 30.09. nachschüssig.

Bei Eintritt eines Auslöseereignisses sind der Rückzahlungsbetrag und der Nennbetrag um den Betrag der betreffenden Herabschreibung zu reduzieren und/oder Zinsen ganz oder teilweise entfallen zu lassen. Ein Auslöseereignis tritt ein, wenn die in Art. 92 Abs. 1a CRR genannte harte Kernkapitalquote der Bank unter 7,0 % fällt. Eine spätere Hochschreibung ist unter bestimmten Bedingungen möglich.

Die Zinsaufwendungen 2019 für die Schuldverschreibungen belaufen sich auf TEUR 1.224 (Vorjahr TEUR 1.224) und sind im Jahresabschluss abgegrenzt.

## 12. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich zusammen aus **5.970.641 Stückaktien**, lautend auf den **Inhaber**. Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:

<b>Eigenkapital</b>	<b>31.12.2019</b>	Zuführung	Verminderung	Vorjahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	5.971	500	0	5.471
Eigene Aktien	0	0	0	0
Kapitalrücklage	27.250	7.050	0	20.200
Gewinnrücklagen	13.496	3.613	0	9.883
Bilanzgewinn	1.874	1.874	1.918	1.918

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2019 EUR 5.970.641,00 (Vorjahr TEUR 5.471). Es ist eingeteilt in 5.970.641 Stückaktien zum Wert von je 1 Euro.

Die HORUS V-Bank Holding GmbH, München, besitzt zum Bilanzstichtag mehr als ein Viertel des Grundkapitals (§ 20 Abs. 1 AktG).

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Juni 2019 ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26.06.2024 durch Ausgabe von neuen Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2019/I). Von der Ermächtigung kann einmal oder mehrmals, insgesamt aber nur bis zu TEUR 600 Gebrauch gemacht werden. Das Bezugsrecht wird den Aktionären grundsätzlich eingeräumt. In bestimmten Fällen kann der Vorstand jedoch, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen.

Der Vorstand war durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22 Juli 2016 ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. Juli 2021 durch Ausgabe von neuen Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2016/I). Von dieser Ermächtigung wurde 2019 in voller Höhe des zur Verfügung stehenden Genehmigten Kapitals 2016/I Gebrauch gemacht. Die neuen Aktien wurden zum Ausgabebetrag von EUR 15,10 je Stückaktie ausgegeben. Die Kapitalerhöhung wurde am 10.10.2019 ins Handelsregister eingetragen. Das Genehmigte Kapital 2016/I ist damit ausgeschöpft und wurde auf Beschluss des Aufsichtsrates vom 27. Juni 2019 aus der Satzung gestrichen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung am 22. Juli 2016 ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats um insgesamt bis zu TEUR 120 zu erhöhen (Bedingtes Kapital 2016-I). Den Mitgliedern des Vorstands konnten bis zu 90.000 Aktienoptionen zugeteilt werden, wobei einem Vorstandsmitglied maximal 60.000 Aktienoptionen zugeteilt werden durften. Den Generalbevollmächtigten konnten bis zu insgesamt 30.000 Aktienoptionen zugeteilt werden, wobei einem Generalbevollmächtigten maximal 10.000 Aktienoptionen pro Jahr der Laufzeit des Aktienoptionsprogramms zugeteilt werden durften.

Die Zuteilung des Aktienoptionsprogramms 2016 erfolgte 2016 einmalig. Die Aktienoptionen können frühestens vier Jahre nach dem 29.07.2016 ausgeübt werden (Wartezeit). Die zugeteilten Aktienoptionen können in drei jährlichen Tranchen (2016 bis 2018) ausgeübt werden. Bis zum Ablauf des Jahres 2018 nicht ausübbar gewordene Aktienoptionen, aufgrund des nicht Erreichens der Erfolgsziele bis 2018, verfallen ohne Anspruch auf Entschädigung. Aufgrund des Jahresergebnisse 2016, 2017 und 2018 sind für den Vorstand 32.886 Optionsrechte ausübbar geworden. Auf Grund der Kapitalerhöhung 2019 in Verbindung mit dem bestehenden Verwässerungsschutzes des Aktienoptionsprogramms 2016 erhöhte sich die Anzahl der Optionsrechte auf 35.892. Durch das Ausscheiden des Generalbevollmächtigten zum 31. Dezember 2017 sind die Optionsrechte des Generalbevollmächtigten entschädigungslos verfallen. Unter bestimmten Bedingungen kann das Aktienoptionsprogramm insgesamt (§ 11) gekündigt oder die Auszahlung (§ 12) beschränkt werden.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung am 27. Juni 2019 ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats um insgesamt bis zu TEUR 40 zu erhöhen (Bedingtes Kapital 2019-I). Den Mitgliedern des Vorstands konnten bis zu 30.000 Aktienoptionen zugeteilt werden, wobei einem Vorstandsmitglied maximal 20.000 Aktienoptionen zugeteilt werden durften. Den Generalbevollmächtigten konnten bis zu insgesamt 10.000 Aktienoptionen zugeteilt werden, wobei einem Generalbevollmächtigten maximal 10.000 Aktienoptionen pro Jahr der Laufzeit des Aktienoptionsprogramms zugeteilt werden durften.

Die Zuteilung des Aktienoptionsprogramms 2019 erfolgte 2019 einmalig. Die Aktienoptionen können frühestens vier Jahre nach dem 27. Juni 2023 ausgeübt werden (Wartezeit). Die zugeteilten Aktienoptionen können in einer jährlichen Tranche (2019) ausgeübt werden. Unter bestimmten Bedingungen kann das Aktienoptionsprogramm insgesamt (§ 11) gekündigt oder die Auszahlung (§ 12) beschränkt werden.

Der Aufsichtsrat ermittelt jeweils im Zeitpunkt des Vesting den Wert der ausübaren Optionsrechte und prüft die Obergrenze für die variable Vergütung im Verhältnis zur Festvergütung (Bonus Cap) für das jeweilige Geschäftsjahr. Ist der jeweilige Höchstbetrag erreicht, verfallen etwaige verbleibende Aktienoptionen entschädigungslos.

### **13. Eventualverbindlichkeiten**

Zum Bilanzstichtag bestanden Eventualverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 7.630 (Vorjahr TEUR 2.570). Die Eventualverbindlichkeiten gliedern sich auf in Vertragserfüllungsbürgschaften in Höhe von TEUR 6.918, Prozessbürgschaften in Höhe von TEUR 520 und Mietkautionen in Höhe von TEUR 192.

Für diese Eventualverbindlichkeiten wurden in voller Höhe Sicherheiten in Form von verpfändeten Wertpapieren und Bankguthaben zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2019 wurden Bürgschaften in Höhe von TEUR 372 entwertet zurückgegeben oder sind aufgrund ihrer zeitlichen Befristung verfallen. Inanspruchnahmen aus Bürgschaften erfolgten in 2019 keine.

### **14. Provisionserlöse**

Die Provisionserlöse sind überwiegend durch Wertpapiertransaktionserlöse und das Depotgeschäft verursacht.

### **15. Aufwand Liquiditätshaltung**

Der Aufwand für die Liquiditätshaltung betrug insgesamt TEUR 2.139. Dieser beinhaltet einen Zinsaufwand durch Negativzinsen von TEUR 229 und Verwahrgebühren von TEUR 1.910.

Unseren Kunden wurden Negativzinsen in Höhe von TEUR 1.317 in Rechnung gestellt.

Gemäß Auslegung des IDW erfolgt der Ausweis von negativen Zinsen für Aufwand und Ertrag wie folgt: Negative Zinsen aus dem Aktivgeschäft reduzieren den Zinsertrag, während der aus dem Passivgeschäft resultierende Positivzins zu einer Reduktion des Zinsaufwands führt.

## **16. Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 316 (Vorjahr TEUR 960), aus Auslagererstattungen in Höhe von TEUR 195 (Vorjahr TEUR 397) und aus den Erträgen aus Währungsumrechnung in Höhe von TEUR 90 (Vorjahr TEUR 133).

## **17. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen**

Die anderen Verwaltungsaufwendungen beinhalten im Wesentlichen IT-, Outsourcing-Kosten in Höhe von TEUR 2.240 (Vorjahr TEUR 2.738), Aufwendungen für andere Dienstleistungen in Höhe von TEUR 2.622 (Vorjahr TEUR 543). Die Aufwendungen für Verwahrgebühren in Höhe von TEUR 1.910 wurden erstmals in den Verwaltungsaufwendungen gebucht. Dieser Ausweis wurde zur Verbesserung der Transparenz sowie gemäß § 31 Abs. 2 RechKredV angepasst. Raumkosten in Höhe von TEUR 586 (Vorjahr TEUR 588), Werbeaufwendungen in Höhe von TEUR 456 (Vorjahr TEUR 502) sowie Beiträge und Gebühren in Höhe von TEUR 1.393 (Vorjahr TEUR 1.225).

## **18. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands**

In dieser Position sind Kursgewinne/-verluste aus Veräußerung von festverzinslichen Wertpapieren, Kursgewinne/-verluste aus Derivatebeständen sowie Kursgewinne/-verluste aus Aktienbeständen enthalten.

## **IV. Sonstige Pflichtangaben**

### **1. Angabe zu den Mitgliedern der Unternehmensorgane**

#### **a) Vorstand**

Jens Hagemann (Sprecher des Vorstandes)

Stefan Lettmeier

Auf die Angabe der Organvergütung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

## b) Aufsichtsrat

Lars Hille, Bad Soden am Taunus, Vorsitzender  
Senior Partner Financial Services Roland Berger GmbH

Bernd Hertweck, Bietigheim-Bissingen, stellvertretender Vorsitzender (ausgeschieden am 31.12.2019)

Vorstandsvorsitzender Wüstenrot Bausparkasse AG

Reinhard Klein, Schwäbisch Hall,  
Vorstandsvorsitzender der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Dr. Michael Hammes, Frankfurt, (ausgeschieden am 30.06.2019)  
Unternehmensberater

Udo Schindler, Lauf,  
Vorstand der KSW Vermögensverwaltung AG

Dr. Jan Martin Wicke, Hannover, (ausgeschieden am 31.12.2019)  
Vorstandsmitglied der Talanx AG sowie Vorsitzender des Vorstands der Talanx Deutschland AG und der HDI Kundenservice AG

## 2. Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die V-Bank AG hat im Geschäftsjahr **derivative Finanzinstrumente** abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren.

### Fremdwährungs-Termingeschäfte

Es handelt sich ausschließlich um **außerbörsliche/OTC-Geschäfte**. Für Termingeschäfte von Kunden wurden grundsätzlich zur Risikoabsicherung Gegengeschäfte abgeschlossen. Die Bewertung am Bilanzstichtag erfolgt jeweils anhand der **Marktbewertungsmethode**.

Derivative Geschäfte		Nominalbetrag Fremdwährung	Marktwert	Restlaufzeiten	
				< 3 Monate	< 1 Jahr
Währungstermingeschäfte (Kunden/Gegengeschäft)		in Tausend	TEUR	TEUR	TEUR
CHF	Kunden	1.600	11	0	11
	Gegengeschäft	1.600	-11	0	-11
GBP	Kunden	1.715	15	7	8
	Gegengeschäft	1.715	-15	-8	-9
SEK	Kunden	2.000	7	0	7
	Gegengeschäft	2.000	-8	0	-8
USD	Kunden	10.440	-53	-20	-33
	Gegengeschäft	10.440	43	18	25

Die Termingeschäfte von Kunden wurden weitgehend mit Gegengeschäften in Form von microhedges geschlossen.

### **3. Optionsgeschäfte**

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Optionsgeschäfte.

### **4. Gesamtbezüge des Aufsichtsrates**

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden Vergütungen in Höhe von TEUR 75 gezahlt.

### **5. Angaben zu Honoraren an den gesetzlichen Abschlussprüfer**

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Gesamthonorare unserer Abschlussprüfer in Höhe von TEUR 247 ohne Umsatzsteuer enthalten. Auf den aktuellen Jahresabschlussprüfer entfallen TEUR 150 für Abschlussprüfungsleistungen und TEUR 97 auf andere Bestätigungsleistungen. Steuerberatungsleistungen und sonstige Leistungen des Abschlussprüfers wurden nicht in Anspruch genommen.

### **6. Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften**

Zum Bilanzstichtag waren für EUREX Geschäfte Margin-Linien in Höhe von TEUR 87.445 (Vorjahr TEUR 89.150) eingeräumt. Die Margin-Linien wurden zum 31. Dezember 2019 in Höhe von TEUR 22.175 (Vorjahr TEUR 26.389) in Anspruch genommen.

### **7. Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen für die Jahre 2020 bis 2024 in folgender Höhe:

<b>Jahr</b>	<b>31.12.2019</b> TEUR	<b>Vorjahr</b> TEUR
2019		3.035
2020	3.096	2.027
2021	2.140	2.140
2022	2.246	2.083
2023	2.213	2.213
2024	560	

Die finanziellen Verpflichtungen ergeben sich im Wesentlichen aus fixen IT- und Outsourcing-Kosten. Der bestehende Vertrag mit Avaloq Sourcing GmbH endet unter den derzeitigen Bedingungen in 2023. Daneben bestehen Mietverpflichtungen für die Geschäftsräume mit einer Laufzeit bis 2024, unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber Sicherungsinstituten und Leasingverpflichtungen für Kraftfahrzeuge.

### **8. Wesentliche Ereignisse nach dem 31. Dezember 2019**

Keine.

## 9. Kredite an Organmitglieder

### a) Vorstand

An Mitglieder des Vorstands wurden keine Kredite vergeben.

### b) Aufsichtsrat

An Aufsichtsratsmitglieder war zum Bilanzstichtag kein Kredit vergeben.

### c) Prokuristen

An Prokuristen war zum Bilanzstichtag kein Kredit vergeben (Vorjahr TEUR 35).

Zum Bilanzstichtag lag eine genehmigte Überziehung in Höhe von TEUR 11 vor. Der Zinssatz für die Überziehung beträgt 2,50% p.a.

## 10. Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Mitarbeiter	Jahresdurchschnitt			Vorjahr
	männlich	weiblich	insgesamt	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	35	20	55	55
Teilzeitbeschäftigte	2	6	8	7
<b>Summe</b>	<b>37</b>	<b>26</b>	<b>63</b>	<b>62</b>

## 11. Angaben zu Mandaten in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien

Unser Mitarbeiter, Herr Florian Grenzebach, ist Aufsichtsratsmitglied und stellvertretender AR-Vorsitzender der KSW Vermögensverwaltung AG, Nürnberg.

## 12. Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

<b>Gewinnverwendungsvorschlag</b>	<b>EUR</b>
Bilanzgewinn	1.874.428,92
Dividende für 2019 (EUR 0,00 pro Aktie)	0,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	1.874.428,92
Vortrag auf neue Rechnung	0,00

München, den 28. Februar 2020

V-Bank AG

Jens Hagemann

Stefan Lettmeier

## **BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die V-Bank AG, München

### **VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS**

#### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der V-Bank AG, München, – bestehend aus der Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der V-Bank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

#### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## **Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses**

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir mit den Provisionserträge aus Bestandsprovisionen für das vierte Quartal den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhaltsbeschreibung (einschließlich Verweis auf zugehörige Angaben im Jahresabschluss)
- b) Prüferisches Vorgehen

## **Provisionserträge aus Bestandsprovisionen für das vierte Quartal**

a) Wesentliche Erträge der V-Bank AG, München, resultieren aus Bestandsprovisionen von der jeweiligen Kapitalverwaltungsgesellschaft für die im Auftrag der Depotkunden verwahrten Anteile an Investmentvermögen. In der Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 werden Provisionserträge in Höhe von Mio. EUR 35,6 ausgewiesen, die mit Mio. EUR 2,2 Erträge Bestandsprovisionen für das vierte Quartal enthalten. Die Vergütung der Bestandsprovisionen wird vertraglich mit der jeweiligen Kapitalverwaltungsgesellschaft unmittelbar oder mittelbar über eine Fondsplattform vereinbart. Die Höhe der Vergütung basiert grundsätzlich auf einem individuell vereinbarten Prozentsatz sowie dem Nettoinventarwert der verwahrten Anteile an Investmentvermögen. Überwiegend werden die Bestandsprovisionen quartalsweise durch die jeweilige Kapitalverwaltungsgesellschaft abgerechnet und der V-Bank AG ausbezahlt. Aufgrund der nachgelagerten Abrechnung durch die jeweilige Kapitalverwaltungsgesellschaft werden die Provisionserträge aus vereinnahmten Bestandsprovisionen für das vierte Quartal auf der Grundlage von getroffenen Annahmen der gesetzlichen Vertreter berechnet. Aufgrund der Höhe des kumulierten Volumens der von der V-Bank AG verwahrten Anteile an Investmentvermögen, der hohen Anzahl an unterschiedlichen Anteilen an Investmentvermögen mit individuell vereinbarten Prozentsätzen und unterschiedlichen Verfahren zur Ermittlung des relevanten Nettoinventarwertes erfordert insbesondere die Ermittlung und Überprüfung der von den Kapitalverwaltungsgesellschaften an die V-Bank AG zu leistenden Bestandsprovision einen erheblichen Kontrollaufwand. Die Provisionserträge aus Bestandsprovisionen für das vierte Quartal waren für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung, da zum einen bereits kleinere Veränderungen der Berechnungsparameter einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft haben können und zum anderen die Erträge unter anderem auf ermessensbehafteten Schätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter beruhen.

Angaben der gesetzlichen Vertreter zu den Bestandsprovisionen werden im Anhang unter III) Nummer 14 erläutert.

b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die eingerichteten Prozesse und Kontrollen zur Ermittlung der Bestandsprovisionen und deren Erfassung in der Finanzbuchhaltung beurteilt. Hierbei haben wir uns auch von der Richtigkeit der in den Stammdaten hinterlegten Eintragungen bzgl. der aktuellen Provisionsätze in Stichproben überzeugt sowie für ausgewählte Anteile an Investmentvermögen Nachberechnungen der jeweiligen Bestandsprovisionen anhand der eingegangenen Abrechnung durchgeführt. Ferner haben wir untersucht und nachvollzogen, ob Differenzen, die in der Vergangenheit aufgetreten sind, sachgerecht bearbeitet und quantifiziert wurden und ob – sofern sich die Notwendigkeit ergab – angemessene Anpassungen an den Schätz- bzw. Berechnungsparametern vorgenommen und entsprechende Korrekturen in der Rechnungslegung vorgenommen wurden. Abschließend haben wir die im Jahresabschluss erfassten Werte der Bestandsprovisionen für das vierte Quartal mit den tatsächlichen Einzahlungen der Kapitalverwaltungsgesellschaften aus den vorangegangenen Quartalen und – sofern bereits erfolgt – mit den tatsächlichen Einzahlungen für das aktuelle Geschäftsjahr verglichen und hierdurch die Verlässlichkeit der Ermittlung sowie der Werthaltigkeit der zugehörigen Forderungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 beurteilt.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

## ***SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN***

### **Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO**

Wir wurden von der Hauptversammlung am 27. Juni 2019 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 27. Juni 2019 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2018 als Abschlussprüfer der V-Bank AG, München, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht des geprüften Unternehmens angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

Prüfung der Meldepflichten und Verhaltensregeln nach § 89 Abs. 1 WpHG sowie die Prüfung des Depotgeschäfts für den Berichtszeitraum vom 1. September 2018 bis 31. August 2019

**VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER**

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Roland Greißl.

München, den 18. März 2020

**Deloitte GmbH**

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Lutz Knop)  
Wirtschaftsprüfer

(Roland Greißl)  
Wirtschaftsprüfer

Anlage zur Niederschrift der Aufsichtsratssitzung der V-Bank AG am 26.03.2020 in München:

### **Bericht des Aufsichtsrats gem. § 171 Aktiengesetz über das Geschäftsjahr 2019**

Der Aufsichtsrat hat im vergangenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben umfassend wahrgenommen und den Vorstand beraten und überwacht. Sämtliche nach dem Gesetz und den Regularien der Gesellschaft zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurden dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Aufsichtsrat trat im Geschäftsjahr 2019 zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen: am 28.03.2019, 30.04.2019, 27.06.2019, 14.10.2019 und am 27.11.2019. Weiterhin wurden fünf Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Der Aufsichtsrat ließ sich vom Vorstand sowohl schriftlich als auch mündlich regelmäßig über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der strategischen Ausrichtung, der Planung, der Geschäftsentwicklung und der Risikolage unterrichten. Das Thema Risikomanagement wurde eingehend behandelt. Ein Schwerpunkt war dabei, dass die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Gesellschaft im Einklang stehen. Hierzu wurden ausführliche Risikoberichte erstellt und dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben. Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie Handelsstrategie und die Eigenkapitalplanung wurden dem Aufsichtsrat vorgelegt und mit diesem erörtert. Der Vorstand erstattete dem Aufsichtsrat den Bericht der Internen Revision sowie den Bericht des Compliance Beauftragten. Prüfungsfeststellungen sowie deren Abarbeitungen wurden regelmäßig diskutiert sowie nachgehalten.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner Tätigkeit mehrfach detailliert mit der Kapitalsituation der V-BANK und dem diesbezüglichen regulatorischen Umfeld auseinandergesetzt. Dies beinhaltete insbesondere die Auswirkungen der Regulierungsinitiativen zur Finalisierung von Basel III (Leverage Ratio) und die in diesem Zusammenhang stehende Kapitalerhöhung aus Mitteln des Genehmigten Kapitals 2016-I sowie weiterer für die V-BANK wesentlicher regulatorischer Entwicklungen.

Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat über die Fortentwicklung der Banksysteme und -prozesse, der Outsourcing-Partner sowie deren Anwendung und Steuerung im laufenden Geschäftsbetrieb, die Geschäftsentwicklung hinsichtlich der Gewinnung von Vermögensverwaltern, (Multi) Family Offices und Semi-Institutionellen Kunden sowie die damit verbundenen wesentlichen Kennzahlen, das Risikomanagement sowie die Einhaltung von Kosten und Erträgen im Vergleich mit der Jahresplanung und der rollierenden Mehrjahresplanung ausführlich informiert.

Insbesondere erörterte der Aufsichtsrat eingehend die operative Planung 2020. Weitere wesentliche Themen waren: das Projekt „Strategischer Review / Target Operating Modell (TOM)“, die Strategie rund um die Online-Vermögensverwaltung mit angeschlossener Vertriebsplattform, Kundenzufriedenheitsbefragung 2019, Neuformierung der Geschäftsführung, Aktienoptionsprogramm 2019 sowie die Ergebnisse der 44er-Nachschauprüfung der Deutschen Bundesbank.

Der Aufsichtsrat befasste sich mit zentralen Fragen der Corporate Governance gemäß GO AR § 1 Ziff. 1.3 in Verbindung mit KWG § 25a und § 25d Abs. 7 bis 12. Der Aufsichtsrat hatte erstmals am 13.12.2013 aufgrund der Größe, der internen Organisation und der Art, des Umfangs, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte auf die Bildung eines Risikoausschusses, eines Prüfungsausschusses, eines Nominierungsausschusses sowie eines Vergütungskontrollausschusses verzichtet. Der Aufsichtsrat nahm deren Aufgaben in seiner Gesamtheit wahr. Dieser Beschluss wurde am 20.02.2017 überprüft und bestätigt.

Der Aufsichtsrat hat sich daher eingehend mit den Vergütungssystemen für Geschäftsleiter und Mitarbeiter auseinandergesetzt und den Bericht des Vorstands über die Ausgestaltung des Vergütungssystems der Mitarbeiter zur Kenntnis genommen. Es wurde darauf geachtet, dass die durch die Vergütungssysteme gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Gesellschaft sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme wurden ordnungsgemäß einbezogen. Der Aufsichtsrat stellte fest, dass die Vergütung der Vorstände nachhaltig und angemessen ist und keine negative Anreizwirkung entfaltet. Ebenfalls wurde festgestellt, dass das Vergütungssystem der Mitarbeiter, insbesondere die Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling- und der Compliance-Funktion angemessen ausgestaltet ist. Der Bericht der Internen Revision sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers wurden bei der Prüfung berücksichtigt.

Eine Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie eine Strategie zu deren Erreichung wurde erarbeitet. Die Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats wurde überprüft und als angemessen bewertet. Gleiches gilt für die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Vorstände als auch der Mitglieder des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat hat die Grundsätze der Geschäftsleitung für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene überprüft und hierzu keine Beanstandungen erhoben.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der V-Bank AG für das Geschäftsjahr 2019 einschließlich der ihm zugrunde liegenden Buchführung wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer gewählte Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die den Jahresabschluss und den Lagebericht testiert hat, hat an der heutigen bilanzfeststel-

lenden Sitzung des Aufsichtsrats teilgenommen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Gewinnverwendungsvorschlag wurden zusammen mit dem Prüfungsbericht den Aufsichtsratsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Diese Unterlagen wurden vom Aufsichtsrat geprüft und im Beisein der Prüfer erörtert.

Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung durch die Abschlussprüfer angeschlossen und im Rahmen seiner eigenen Prüfungshandlungen festgestellt, dass keine Einwendungen zu erheben sind.

Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, der damit gemäß § 172 Aktiengesetz festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstands über die Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an.

2019 legten Dr. Michael Hammes, Bernd Hertweck und Dr. Jan Martin Wicke ihr Mandat als Aufsichtsrat nieder. Dafür wurden im Januar 2020 Frank Annuscheit, ehemals Vorstand der Commerzbank AG, Richard Manger, Verwaltungsrat der CARDEA AG, und Jürgen Steffan, Vorstand der Wüstenrot & Württembergische AG, erstmals bestellt. Der Aufsichtsrat bestätigte Lars Hille in seinem Amt als Aufsichtsratsvorsitzender. Zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. Finanzexperten wurde Jürgen Steffan gewählt bzw. ernannt.

Anzeigepflichtige Interessenkonflikte hat es in 2019 nicht gegeben.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand für die vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz zum Wohl der V-Bank AG.

München, 26. März 2020



---

Lars Hille  
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)